

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL
=====

18. außerordentlicher Bundesparteitag

der

Österreichischen Volkspartei

31. Juli 1975

Wien - Konzerthaus

I n h a l t

	Seite
<u>Eröffnung</u>	1
<u>1. Gedenken an Dr. Karl Schleinzner</u>	1
Gedenkrede des geschäftsführenden Bundespartei- obmannes Ing. Rudolf Sallinger	3
<u>Begrüßung der Gäste</u>	
Vorsitzender geschäftsführender Bundespartei- obmann Ing. Rudolf Sallinger	7
<u>2. Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse</u>	
<u>a) Feststellung der Beschlußfähigkeit</u>	
<u>b) Verkürzung der Einberufungsfrist</u>	
<u>c) Genehmigung der Geschäftsordnung</u>	
<u>d) Wahl des Tagungspräsidiums</u>	
<u>e) Genehmigung der Tagesordnung</u>	
<u>f) Wahl der Mandatsprüfungskommission</u> <u>und der Wahlkommission</u>	
Vorsitzender geschäftsführender Bundespartei- obmann Ing. Rudolf Sallinger	8
<u>3. Bericht des scheidenden Generalsekretärs</u>	
<u>Dr. Herbert Kohlmaier</u>	11
<u>Dankesworte</u>	
Vorsitzender Präsident des Österreichischen Bauernbundes Roland Minkowitsch	21

<u>4. Bericht der Mandatsprüfungskommission</u>	
Berichterstatter Abgeordneter zum Nationalrat	
Hermann Kraft	22
<u>5. Neuwahl des Bundesparteiobermannes und des</u>	
<u>Generalsekretärs</u>	
Berichterstatter der Wahlkommission Dr. Alois Mock	23
<u>a) Diskussion</u>	
Landeshauptmann Ökonomierat Andreas Maurer	28
Landeshauptmann Eduard Wallnöfer	34
Vizekanzler a.D. Abgeordneter zum Nationalrat	
Dr. Hermann Withalm	38
<u>b) Bekanntgabe des Wahlergebnisses</u>	44
<u>6. Rede des neugewählten Generalsekretärs</u>	
<u>Dr. Erhard Busek</u>	47
<u>7. Rede des neugewählten Bundesparteiobermannes</u>	
<u>Dr. Josef Taus</u>	68
<u>Dankesworte</u>	
Vorsitzender Klubobmann Prof. Dr. Stephan Koren ...	96
<u>8. Bundeshymne</u>	97

Beginn der Beratungen: 9 Uhr 30 Minuten
=====

Vorsitzender geschäftsführender Bundesparteiohmann

Ing. Rudolf S a l l i n g e r : Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne den 18. außerordentlichen Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei.

1. Gedenken an Dr. Karl Schleizer

Ernste Musik untermalt Bilder aus dem Leben des verstorbenen Bundesparteiohmannes, die im verdunkelten Konzerthausaal an die Wand projiziert werden. Sodann ertönen aus dem Lautsprecher Ausschnitte aus einer der letzten Reden Dr. Karl Schleizers am 27. Juni 1975 in Hallein.

"... Vaterland, Heimat, Treue, Freiheit, Pflichtbewußtsein - das sind nicht nur Worte, sondern das sind Werte, meine lieben Freunde, zu denen wir uns bekennen!"

"Unsere Aufgabe muß es sein, der Bevölkerung die Tragweite und die Bedeutung dieser Wahl richtig bewußt zu machen als eine Entscheidungswahl, vergleichbar in ihrer Bedeutung mit dem Beginn der Zweiten Republik, als eine bedeutsame Weichenstellung über den weiteren politischen Weg in Österreich!"

"Wir wollen wie in den schweren Tagen vor 30 Jahren die Herausforderung der Zukunft erneut annehmen und wir wollen in diesen rund 100 Tagen bis zur Nationalratswahl

den Kampf aufnehmen für ein Österreich, in dem die Freiheit des einzelnen ebenso Platz hat wie eine neue Solidarität der Gemeinschaft unseres Volkes!"

"Wenn wir in dieser Gesinnung arbeiten, wenn wir uns als eine große Kampf- und Schicksalsgemeinschaft fühlen, wenn wir diese Auseinandersetzung als eine Schicksalswahl für Österreich betrachten, werden wir diese Auseinandersetzung im Interesse dieses Landes erfolgreich schlagen. Ich sage: im Interesse unseres Landes, denn es geht nicht nur um unsere Partei. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, es geht um die Zukunft Österreichs!"

Gedenkrede des geschäftsführenden Bundesparteiobermannes

Ing. Rudolf Sallinger

Geschäftsführender Bundesparteiobermann Ing. Rudolf

S a l l i n g e r : Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Karl Schleinzler ist am 19. Juli 1975 unter tragischen Umständen von uns gegangen. In den besten Mannesjahren, kurz vor dem entscheidenden Zielpunkt seines Lebens, hat der unerforschliche Wille Gottes ihn seiner Familie und seinen Freunden genommen. Wer es vorher nicht gewußt hat, dem ist in den letzten zehn Tagen durch die Anteilnahme der Bevölkerung, durch das internationale Echo und durch die tiefe innere Bewegung, die uns erfaßt hat, klar geworden, was die Österreichische Volkspartei durch diesen Schicksalsschlag verloren hat.

Viele Worte sind bereits gefallen, viele Anerkennungen wurden ausgesprochen. Es ist jetzt nicht meine Aufgabe, dies alles zu wiederholen. Aber dieser außerordentliche Bundesparteitag und alle unsere Freunde sollen wissen, daß wir heute nicht nur Abschied nehmen müssen von unserem Bundesparteiobermann, sondern daß wir auch sein politisches Vermächtnis zu erfüllen haben. Vielleicht ist es auch für manchen von uns die Stunde, in der er erkennt, daß viel von dem, was an Kritik und Unsicherheit in unserer Partei war, zum Schaden für uns alle ist.

Unser tiefster Dank und unsere größte Anteilnahme für Karl Schleinzler kann aber darin liegen, daß wir sein politisches Vermächtnis der Einigkeit und Gemeinsamkeit in die Tat umsetzen.

Er hat in einer Zeit, in der die Existenz unserer Partei bedroht war - ich sage das in vollem Bewußtsein -, die Einigkeit vorangestellt und sich auch bemüht, diese Einigkeit auf überzeugende Weise darzustellen. Die Einigkeit ist und war nicht immer selbstverständlich; und wir mußten mühevoll darum ringen.

Als deutliches Zeichen der Erneuerung, ich möchte sagen der geglückten Erneuerung unserer Partei, können die Beschlüsse des Salzburger Parteitages zum Grundsatzprogramm und zum Statut gelten.

Karl Schleinzer wollte immer nur vom Fundament her aufbauen. Er suchte immer eine breite und gesunde Basis, um dann Schritt für Schritt zur Vollendung zu schreiten. Von dieser Neuordnung der Partei ausgehend, hat er seine Vorschläge zur Neuordnung Österreichs gemacht. Diese Neuordnung unseres Landes soll auf der Grundlage der Zusammenarbeit auf breitester Basis geschehen.

Der erste Schritt ist Karl Schleinzer gelungen; beim zweiten hat es einem Größeren gefallen, seinem Schicksal eine für uns schmerzliche Wendung zu geben.

Gedenken wir in dieser Stunde auch seiner Familie und seinen engsten Freunden, deren Schmerz übergroß ist. Bewahren wir ihnen auch über diese Augenblicke hinaus unsere Anteilnahme.

Wir stehen in einer schweren Stunde. Für mich als geschäftsführenden Bundesparteiobmann ist es - ohne Übertreibung - die schwerste, die ich bisher erlebt habe. Ich

war nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, gemeinsam mit unseren Freunden aus den Teilorganisationen und den Ländern die uns auferlegte Verantwortung zu tragen. Wir sind vor der einmaligen, überaus schwierigen Aufgabe gestanden, wenige Wochen vor einem entscheidenden Wahlgang Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen. Es mußte schnell, ohne Rücksicht auf Teilinteressen von Bünden und Ländern, und doch auf der breiten Basis der allgemeinen Zustimmung, eine Lösung gefunden werden. Diese Frauen und Männer an der Spitze der Österreichischen Volkspartei haben ihr Bestes gegeben; es wird am heutigen Bundesparteitag liegen, dazu die notwendigen Beschlüsse zu fassen und auch die nächsten Schritte so zu gehen.

Ich danke meinen Freunden, den Obmännern der Bünde und der Landesparteiorganisationen, insbesondere Landeshauptmann Maurer und Landesparteiobmann Glaser und auch unserem Generalsekretär Dr. Kohlmaier, die gemeinsam mit mir die notwendigen Vorgespräche geführt haben. Ich muß sagen, daß sie offen und einmütig einer klaren Lösung zugestrebt sind.

Der heutige Bundesparteitag hat historische Bedeutung; er ist kein Parteifest, er ist auch nicht nur eine Veranstaltung tiefster Trauer, er ist ein Parteitag der Entscheidungen von großer Tragweite.

Heute wird nicht nur allein über Personen, sondern auch über den Stil und die Zukunft dieser Partei entschieden.

Dieser Parteitag soll aber auch eine Botschaft an alle Österreicher sein und klar und deutlich unter Beweis stellen, in welcher Weise wir in der Lage sind, einmütig Verantwortung zu übernehmen. Die Wahl unserer beiden neuen Spitzenfunktionäre und die Unterstützung ihrer schweren Arbeit ist nur der erste Schritt eines ernststen Aufrufes an uns selbst.

Es ergeht heute aber auch ein Aufruf an unser Land, der alle erreichen muß. Karl Schleinzer hat die Wahlen am 5. Oktober 1975 selbst als Schicksalswahlen erklärt; ihm sind sie Schicksal geworden, für die Österreichische Volkspartei werden sie Schicksal sein. Mit diesem Parteitag haben wir bis zum 5. Oktober 1975 eine Periode begonnen, in der wir kämpfen müssen, kämpfen um das Vertrauen der Bevölkerung, kämpfen mit dem Gewicht der besseren Argumente, kämpfen um ein gutes Ergebnis.

Gehen wir in diesem Geiste unverzüglich an die Arbeit. Gehen wir in der Erkenntnis an die Arbeit, daß wir große Verantwortung zu tragen haben, lassen wir aber jene nicht allein, die wir heute dazu bestimmen, vor allem Verantwortung zu tragen. Stellen wir unter Beweis, daß Karl Schleinzer die Neuordnung unserer Partei gelungen ist, daß wir alle in der Lage sind, auch in der schwersten Zeit der Österreichischen Volkspartei entschieden, rasch und klar zu handeln. (Anhaltender Beifall.)

Begrüßung der Gäste

Vorsitzender geschäftsführender Bundesparteiobmann

Ing. Rudolf S a l l i n g e r : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor wir in die Beratung der Tagesordnung eingehen, begrüße ich sehr herzlich die zahlreich erschienenen Gäste, die Vertreter von der Presse, ORF sowie alle Delegierten dieses Parteitages. Ein besonderer Gruß gilt aber heute unseren früheren Parteiobmännern Dr. Josef Klaus und Dr. Hermann Withalm. (Anhaltender Beifall.)

2. Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse

- a) Feststellung der Beschlußfähigkeit
- b) Verkürzung der Einberufungsfrist
- c) Genehmigung der Geschäftsordnung
- d) Wahl des Tagungspräsidiums
- e) Genehmigung der Tagesordnung
- f) Wahl der Mandatsprüfungskommission
und der Wahlkommission

Vorsitzender geschäftsführender Bundesparteioobmann

Ing. Rudolf S a l l i n g e r : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2: Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse.

Als Vorsitzender stelle ich zu Beginn unserer Beratungen die Beschlußfähigkeit des 18. außerordentlichen Parteitages fest.

Zum Tagesordnungspunkt 2 b) hat die Bundesparteileitung am 24. Juli 1975 einstimmig folgenden Beschluß, den ich als Antrag an den Bundesparteitag stelle, gefaßt:

Der Bundesparteitag genehmigt als statutengebendes Organ, daß in Hinblick auf die außerordentliche Situation bei diesem Bundesparteitag die Frist für die postalische Zustellung der Einladungen und der Tagesordnung nach § 13 Z. 4 des Statutes verkürzt wird.

Dieser Beschluß bedarf der Zweidrittelmehrheit. Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Antrag sind, um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenstimmen? -

Ich darf die einstimmige Annahme feststellen und Ihnen dafür sehr herzlich danken.

Ich stelle weiters den Antrag, auch die Geschäftsordnung des letzten ordentlichen Parteitages den Beratungen dieses Parteitages zugrunde zu legen. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenstimmen? - Ich kann auch hier einstimmige Annahme feststellen.

Die Bundesparteileitung hat am 24. Juli einstimmig beschlossen, den Bundespartei Vorstand mit der Führung des Tagungspräsidiums zu betrauen. Ich bitte jene Delegierte, die auch hiefür sind, um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenstimmen? - Ich darf die einstimmige Annahme feststellen. Ich danke Ihnen dafür.

Meine Damen und Herren Delegierten! Es liegt über Antrag der Bundesparteileitung eine erweiterte Tagesordnung vor. Wenn Sie mit dieser vorliegenden Tagesordnung einverstanden sind, bitte ich auch hier um die Zustimmung mit der Delegiertenkarte. - Gegenstimmen? - Nicht der Fall. Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Die Bundesparteileitung hat weiters am 24. Juli 1975 einstimmig beschlossen, keine vorbereitenden Ausschüsse einzusetzen. Die Bundesparteileitung hat selbst die inhaltliche Vorbereitung des Parteitages übernommen. Die Bundesparteileitung hat damit auch die Funktion des Wahlkomitees selbst ausgeübt. Ich bitte Sie, auch dieser Vorgangsweise zuzustimmen und um ein Zeichen der Zustimmung

mit der Delegiertenkarte. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Wahl der Mandatsprüfungskommission und der Wahlkommission. Wenn Sie mit der Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission einverstanden sind, bitte ich um Ihre Zustimmung mit der Delegiertenkarte. - Danke. Die vorliegende Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission ist somit einstimmig beschlossen.

Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission unverzüglich im Konferenzzimmer, das ist, wenn Sie in Richtung Präsidium sehen, rechts vorne neben dem großen Saal, zusammenzutreten.

Wenn Sie mit der Zusammensetzung der Wahlkommission einverstanden sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist auch die Zusammensetzung der Wahlkommission genehmigt.

Ich bitte die Mitglieder der Wahlkommission, sich in zirka 15 Minuten im Kommissionszimmer, das ist rechts vom großen Saal, zur Konstituierung zusammenzufinden.

Ich darf nun den Vorsitz an Präsident Minkowitsch übergeben.

Vorsitzender Präsident des Österreichischen Bauern-
bundes Roland M i n k o w i t s c h : Ich übernehme den
Vorsitz und bitte den scheidenden Generalsekretär
Dr. Kohlmaier um seinen Bericht.

3. Bericht des scheidenden Generalsekretärs

Dr. Herbert Kohlmaier

Berichterstatter Generalsekretär Dr. Herbert

K o h l m a i e r : Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Bevor ich zu meinem eigentlichen Bericht komme, bin ich Ihnen Rechenschaft darüber schuldig, warum ich vor einer Woche jenes Mandat der Partei zur Verfügung gestellt habe, das ich aus Ihren Händen am Parteitag in Linz für die Dauer von 3 Jahren erhalten habe. Ich bitte Sie, vor allem aber jene Freunde, die bis zuletzt für mein Verbleiben in der Funktion des Generalsekretärs eingetreten sind, um Verständnis, daß ich so gehandelt habe, wie es von Anfang an meiner Einstellung zu einer Parteifunktion entspricht, die man ja nicht für sich, sondern für die Gemeinschaft übernimmt.

Entscheidend war letztlich folgende Überlegung: Unsere Volkspartei ist jetzt im Begriff, eine mutige Lösung für die kommende Zeit zu beschließen. Eine mutige Lösung darf aber keine halbe Lösung sein, wenn wir wirklich glaubwürdig in die schwere Auseinandersetzung gehen wollen, die vor uns liegt.

Gerade weil sich unser Blick jetzt wieder nach vorne richtet, möchte ich es unterlassen, Sie mit einem detaillierten Bericht in Anspruch zu nehmen. Dennoch bitte ich Sie, heute mit mir in einem Augenblick der Besinnung

innezuhalten und jene 4 Jahre zu überdenken, in denen ich gemeinsam mit Dr. Schleinzler die Hauptverantwortung für die Bundespartei zu tragen hatte.

Was in dieser Zeit geschehen ist, läßt sich schwer nur einem der beiden Bundesparteifunktionäre zuordnen, da wir die Gemeinsamkeit unserer Arbeit immer vor Augen hatten. Ich schicke das voraus, weil es mir fern liegt, in meinem Bericht Dinge für mich in Anspruch zu nehmen, an denen der Obmann entscheidend mitgewirkt hat.

Diese letzten 4 Jahre waren wohl die schwersten, die unsere Gesinnungsgemeinschaft in ihrer 30jährigen Geschichte zurückgelegt hat. Schon bald nach der Neubesetzung der Spitzenfunktionen mußten wir uns einer Nationalratswahl stellen, auf die wir uns nicht ausreichend vorbereiten konnten. Die Faszination, die von dem neuen Bundeskanzler ausging, hatte damals ihren Höhepunkt erreicht. Die Öffentlichkeit schien gar nicht bereit, unsere Aussagen zur Kenntnis und vor allem sie ernst zu nehmen. Niemand wollte unseren Warnungen vor einer Regierungspolitik der Leichtfertigkeit Glauben schenken, noch weniger unserem ernsthaften Bemühen, neue Ideen einer in Erneuerung begriffenen Partei zu präsentieren. Bezeichnend für die damalige Situation war, daß einer der großen Schlager der sozialistischen Propaganda, nämlich die 15.000 Schilling-Heiratsbeihilfe, aus unserem Wahlprogramm kam - allerdings um 5000 S hinaufgezitiert

und mit einem Entfall jener Steuerabschreibung verbunden, die wir eigentlich verbessern wollten.

So ging es uns in vielen Dingen. Auch noch lange nach der Wahl waren die meisten Menschen bereit, bei so gut wie allen Argumentationskunststücken der neuen Regierung mitzugehen - fast ohne Prüfung der realen Substanz und der Glaubwürdigkeit.

Es wäre in dieser Zeit für uns durchaus naheliegender gewesen, entweder zu resignieren oder zu versuchen, den Gegner aus der Überlegung heraus zu kopieren, daß die moderne Zeit offenbar den Stil der politischen Show verlangt. Richtig war aber nur, den anderen Weg zu gehen, den Dr. Schleinzer markierte: In harter Arbeit die Partei selbst zu reorganisieren, ihr erneuerte Grundsätze und Konzepte zu geben, um schließlich nach dem unausbleiblichen Scheitern der dilletantischen Politik der Regierung - vor allem im Wirtschaftsbereich - eine zweifache Alternative für die kommende Wahlauseinandersetzung zu bieten: eine Alternative der politischen Inhalte, aber auch eine Alternative des besseren politischen Stils und der Glaubwürdigkeit.

An der Spitze dieses Konzepts, das wir durch all die Jahre beharrlich verfolgt haben, stand die Erneuerung des Grundsatzprogramms unserer Partei. Ich stehe nicht an zu sagen, daß das für mich die schönste Aufgabe von allen war. Ich hatte bei ihrer Bewältigung ausgezeichnete Vorarbeiten - unter anderem einen Entwurf Pisas - und hervorragende

Mitarbeiter zur Verfügung. Dabei möchte ich besonders Dr. Busek hervorheben, dessen hohe Fähigkeit zu politischem Grundsatzdenken ich damals schätzen gelernt habe. Wenn ich sonst nichts, liebe Parteifreunde, für die Partei getan hätte, so wäre ich froh, dieses Werk für unsere Gesinnungsgemeinschaft geleistet zu haben. Ich bin überzeugt, daß es uns damals im Programmausschuß gelungen ist, mit dem "Salzburger Programm" christlich-demokratische Inspiration einzufangen und unsere Partei als offene Gemeinschaft der fortschrittlichen Mitte geistig neu zu formieren. (Beifall.)

Die weitere Arbeit der Neuorientierung war durch die eigenartige Stellung erschwert, welche die Volkspartei im politischen Bewußtsein der Öffentlichkeit nach 1971 innehatte. Man teilte ihr dabei eine Rolle zu, die für eine Opposition völlig untypisch ist, was wieder eng damit zusammenhängt, daß man auch zum Bundeskanzler sowie seinem Finanzminister eine eigenartig ambivalente Haltung bezog. Die Öffentlichkeit zeigte sich weiterhin beeindruckt, aber empfand doch zunehmend Sorge, ob die neue Führungsmacht unser Land auf einen guten Weg leiten würde.

In dieser zwiespältigen Haltung fühlten sich viele veranlaßt, immer wieder nachzuweisen, warum man mit der ÖVP derzeit nicht zufrieden sein könne, warum man also trotz der immer sichtbarer werdenden Mängel und Schwächen der Verantwortungsträger noch nicht wieder zu ihr

zurückgehen könnte. Und so war paradoxerweise die ÖVP eher das Objekt der Kritik als die Regierung, bei der man stets großzügige Maßstäbe anlegte. Ja, meine Damen und Herren, manchen schien es sogar wichtiger, nicht die Regierung selbst zu kritisieren, sondern die Opposition zu kritisieren, wann diese endlich die Regierung besser kritisieren würde. Überflüssig ist fast zu erwähnen, daß hier der Generalsekretär naturgemäß als Zielscheibe im Vordergrund stand.

Wenn es, liebe Parteifreunde, für mich in den letzten vier Jahren eine unangenehme Erfahrung gegeben hat, dann die, daß wir diese Denkabläufe selbst provoziert oder wenigstens gefördert haben, und zwar auch durch mangelnde Solidarität. Wenn ich heute auch eine Kritik aussprechen darf, aus der wir gemeinsam für die Zukunft lernen sollten, so habe ich zu manchen Zeiten bei Parteifreunden eine Haltung gefunden, die auf Erleichterung hinauslief, wenn die öffentlichen Angriffe einen anderen trafen und wenn man nicht selbst ins Schußfeld geriet. Wenn wir, Hoher Bundesparteitag, kämpfen, müssen wir aber sicher sein, daß jeder den Kameraden heraushaut, der gerade in Bedrängnis ist und nicht nur einfach wartet, bis der sich selbst hilft. (Beifall.) Zu manchen Zeiten glich die Partei eher einer Versammlung von Solisten, von denen möglichst jeder mit seinem Part gut ankommen wollte, als einem guten Orchester.

Meine verehrten Parteifreunde, ich hatte fast ein schlechtes Gewissen, das heute auszusprechen - aber wann

soll man es tun, wenn nicht bei einem neuen Beginn und wenn neue Spitzenfunktionäre gewählt werden?

All dies ist aber in der letzten Zeit viel besser geworden. Mit Recht hat man in allen Nachrufen für Karl Schleinzer hervorgehoben, daß er es war, der die Nahtstellen verschweißte, auf die der politische Gegner spekuliert hatte. Und daß es hauptsächlich sein Verdienst war, daß die Partei jetzt mit jener Geschlossenheit und Schlagkraft ausgestattet ist, die in den Tagen nach seinem tragischen Tod sichtbar wurde. Seine Hartnäckigkeit und Genauigkeit hat uns manchmal viel abverlangt, aber jetzt trägt sie ihre Früchte. Ich muß in diesem Zusammenhang besonders auch die geradezu ideale Form der Zusammenarbeit mit den Obmännern der Bünde unterstreichen, die bedingungs- und vorbehaltlos in den letzten Jahren ihre Kraft in den Dienst der Gesamtpartei gestellt haben. (Beifall.)

Verehrte Parteifreunde! Nach der Erstellung des Grundsatzzprogramms und des neuen Parteistatuts sind viele wichtige Teilarbeiten geleistet worden, die ich heute nur in ihren Umrissen skizzieren kann. Im Vordergrund steht die Erstellung der Lebensqualitätspläne und ihre Erarbeitung in vielbeachteten Enqueten und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen. Sie ging Hand in Hand mit einer Vervollkommnung des systematischen Einsatzes von Fachpolitikern im 15er-Ausschuß.

Das Informationssystem im inneren und nach außen wurde ausgebaut.

Das theoretische Organ unserer Partei, die "Österreichischen Monatshefte", wurden unter neuer Leitung verbessert. Dazu trat ein neues Organ, nämlich die Zeitschrift der neugegründeten Kommunalpolitischen Vereinigung.

Wir haben die gesetzlichen Möglichkeiten zur Förderung der Bildungsarbeit optimal genützt und mit unserer politischen Akademie ein modernes Instrument geschaffen, das die Palette der Parteiarbeit entscheidend bereichert.

Als ein Positivum, das wir nicht unterschätzen sollten, sei vermerkt, daß wir in schwierigen Verhandlungen mit den anderen Parlamentsparteien ein zeitgemäßes Parteiengesetz aushandeln konnten, das unsere kommende Arbeit wesentlich erleichtern wird.

Auch auf dem Mediensektor haben wir besonders im letzten Jahr viele Anstrengungen unternommen, wobei ein Hauptanliegen die Auseinandersetzung mit den Plänen des Gegners war, sich das wichtigste Medium, nämlich den ORF, dienstbar zu machen. Dem haben wir mit unseren medienpolitischen Grundsätzen ein klares Konzept gegenübergestellt.

In letzter Zeit haben wir durch die Vorwahlen der Bevölkerung erstmals die Gelegenheit gegeben, an der Kandidatenaufstellung mitzuwirken und fast eine dreiviertel Million Bürger haben diesen Schritt durch ihre Teilnahme anerkannt.

Die nicht immer unkritisch gesehene "Kärntnerstraße" ist in ihrer Aufgabe gewachsen, zentrale Servicestelle der Partei zu sein. Meinem Nachfolger im Amt wird eine

Mannschaft zur Verfügung stehen, die sowohl in der Grundsatzarbeit als auch im Organisatorischen optimal eingespielt ist. Ich glaube, daß gerade der letzte festliche Parteitag, der in der Öffentlichkeit auf ein positives Echo gestoßen ist und sich wohltuend von den aufwendigen Veranstaltungen der SPÖ unterschied, sichtbar gemacht hat, wie diese gesamte Parteiorganisation in sich gefestigt und wohlgeordnet ist.

Aber auch unsere Bemühungen, die Zusammenarbeit mit unseren Europäischen Schwesterparteien im Sinne eines Maximums an internationaler Solidarität zu verbessern, haben Früchte getragen. Die Notwendigkeit dieser Solidarität sehen wir gerade in diesen Tagen, wenn wir uns die Situation in Portugal und Spanien, aber auch in Italien vor Augen führen.

Jede Arbeit, Hoher Bundesparteitag, bleibt freilich in einem gewissen Sinn immer unvollendet. Wir stehen mitten in der Vorbereitung eines entscheidenden Wahlkampfes. Eine Partei ist ein lebendiger Organismus in einer sich rasch verändernden Umwelt. Wenn man eine Zeitlang Verantwortung für die Partei getragen hat und gerade dann, wenn einem dabei wenig Zeit für Ruhe geblieben ist, besinnt man sich in diesen wenigen Stunden auf das Unveränderliche, auf die bleibende Substanz in dieser Gemeinschaft, deretwegen man diese Partei liebt und für sie arbeitet. Lassen Sie mich an dem Tag, an dem ich in die zweite Reihe zurücktrete und

mich wieder anderen Aufgaben zuwende, mein inneres Bekenntnis zu dieser Partei abgeben. Lassen Sie mich Ihnen vor allem zurufen: Erfüllen wir unsere Gemeinschaft mit dem Geist unseres Grundsatzprogramms! Letzten Endes ist dieser Geist das Entscheidende, denn er formt in einem Kommunikationsprozeß, den wir im einzelnen gar nicht erkennen können, das Bild unserer Partei in der Bevölkerung und er bedeutet viel mehr als die gute oder schlechte Pressemeldung des Tages. Die Gesinnung ist und bleibt das Ausschlaggebende.

Der entscheidende Kernpunkt dieser unserer Gesinnung ist unser Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, als Einzelner Verantwortung zu tragen für sich, aber auch für die Gemeinschaft. Genau hier liegt unsere Position der Mitte zwischen den Irrwegen des überholten Liberalismus und dem bürokratischen Kollektivismus, wie er zunehmend auch unsere Gesellschaft bedroht. (Beifall.) Unser unabdingbares Ja zur Freiheit, zur Solidarität und zur persönlichen Leistung sind die Grundlagen einer zukunftsgerichteten christlich-demokratischen Politik.

Unser ständiges Bemühen geht dahin, Werte, wie die Achtung vor der Würde und Individualität jedes Menschen, die Werte der mitmenschlichen Solidarität und der unbedingten Wahrhaftigkeit zu verwirklichen. Mögen manche die Fähigkeit der gegenwärtigen Regierung bewundern, geschickt zu täuschen und zu blenden - gerade zu der Zeit, wo ihr Gebäude der Illusionen und Täuschungen zusammenbricht,

müssen wir die Alternative für jene sein, die sich eine realistische und eine ehrliche Politik erwarten! (Beifall.)

Hoher Bundesparteitag, ich komme zum Schluß. Ich danke heute allen denen, die mich unterstützt haben und denen, die zu mir gehalten haben. Wenn ich stets versucht habe, zu überzeugen und nicht zu kommandieren, so gebe ich doch heute am letzten Tag meiner Amtsausübung allen denen, die in unserer Partei und für unsere Gemeinschaft arbeiten, einfach diesen Auftrag: Stehen wir bedingungslos und vorbehaltlos zu unserer neuen Führung! Geben wir alle, bis zum Wahltag, aber auch danach, jeder unser Bestes! Dieses Land braucht die Österreichische Volkspartei. Und diese Partei braucht jede Hand, jede Anstrengung und jeden Einsatz. (Starker Beifall.)

Wir sind in den letzten schweren Tagen kein einziges Mal außer Tritt gekommen. Wer sollte sich uns entgegenstellen, wenn wir mit derselben Zielstrebigkeit von diesem Parteitag hinausgehen und unbeirrt unseren Weg fortsetzen im Kampf um Freiheit und Menschenwürde! Es lebe unsere Österreichische Volkspartei! (Langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Präsident des Österreichischen Bauern-
bundes Roland M i n k o w i t s c h : Lieber Herbert!
Ich danke Dir für Deinen Bericht, der viel mehr war, als
dieses kalte Wort "Bericht" zum Ausdruck bringen konnte,
der uns das weite Spektrum der Tätigkeit des General-
sekretärs unserer ÖVP, aber auch das weite Spektrum
Deiner Persönlichkeit gezeigt hat.

Besonders danken möchte ich Dir aber für die loyale
Kameradschaft, in der Du unserem Dr. Karl Schleinzler stets
gedient hast. Die höhere Funktion beinhaltet für Dich
stets die Verpflichtung, noch mehr zu dienen. Wenn Du
selbst gesagt hast, daß Du mit einem kleineren weinenden
und mit einem größeren lachenden Auge aus dieser Deiner
verantwortungsvollen Position scheidest, dann war es ge-
rade in den letzten Tagen Deine großartige menschliche
Haltung (Beifall), die Dir unter denen, die Dich bisher
etwas weniger gekannt haben, viele neue Freunde gewonnen
hat.

Um auf Deinen Schlußappell einzugehen: Wir können
nicht genug sein, wir können nicht einig genug sein, wir
können nicht zahlreich genug sein, um diesen schweren
Wahlauseinandersetzungen, mit allem, was nachher kommt,
entsprechend als österreichische Volkspartei begegnen zu
können.

Wir sind glücklich darüber, daß Du Dein Können, Deine
Kraft und Deine Freundschaft so demonstrativ auch der neuen
Regierung und uns allen zur Verfügung stellst. (Beifall.)

4. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Vorsitzender Präsident des Österreichischen Bauernbundes Roland M i n k o w i t s c h : Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4. Ich bitte den Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Herrn Abgeordneten zum Nationalrat Kraft, um seinen Bericht.

Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission

Hermann K r a f t : Hoher Bundesparteitag! Ich bringe den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Gemäß § 14 Abs. 1 lit. a - h des Bundesparteiorganisationsstatutes wurde die Zusammensetzung der Delegierten überprüft und festgestellt, daß 556 stimmberechtigte Delegierte zur Teilnahme an diesem Bundesparteitag richtig einberufen wurden.

Von den geladenen 556 Delegierten waren bis zu Beginn der Sitzung der Mandatsprüfungskommission 484 stimmberechtigte Delegierte anwesend, das sind 87 Prozent.

Auf Grund der Überprüfungsergebnisse wird festgestellt, daß der 18. außerordentliche Parteitag der ÖVP statutengemäß einberufen wurde und daher beschlußfähig ist. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident des Österreichischen Bauernbundes Roland M i n k o w i t s c h : Ich danke dem Vorsitzenden für seinen Bericht.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 5 kommen, übergebe ich den Vorsitz gemäß der Geschäftsordnung des Bundesparteitages an den Vorsitzenden der Wahlkommission, Präsident Robert Graf.

5. Neuwahl des Bundesparteiobmannes
und des Generalsekretärs

Vorsitzender der Wahlkommission Robert Graf :

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:
Neuwahl des Bundesparteiobmannes und des Generalsekretärs.

Ich bitte Herrn Dr. Mock, der von der Bundespartei-
leitung zum Berichterstatter bestellt wurde, um die Erstattung
des Wahlvorschlages. Bitte, Herr Dr. Mock.

Berichterstatter der Wahlkommission Dr. Alois

M o c k : Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Am
19. Juli 1975 haben wir unseren Bundesparteiobmann
Dr. Karl Schleinzer verloren.

Als ein persönlicher Freund, so darf ich mich be-
zeichnen, möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß wir
mit ihm eine Persönlichkeit verloren haben, die, glaube
ich, wie niemals zuvor - und außerdem in der schwierig-
sten Zeit ihrer Geschichte - diese Partei zu einer wachsen-
den Einigkeit geführt hat.

Als überzeugter Anhänger der wachsenden Integration
unserer Teilorganisationen, möchte ich diese außerordent-
liche politische Leistung unseres verstorbenen Bundespartei-
obmannes hier nochmals sehr unterstreichen.

Wir haben mit ihm auch eine Person von außergewöhn-
lichem persönlichen Ethos und Verantwortungsbewußtsein
verloren. Es wäre zuwenig, das am Grabe, in den folgenden
Tagen und Wochen zu unterstreichen. Wir müssen, liebe

Parteifreunde, diese Gesinnung und diese Charakterzüge auch immer stärker in unsere politische Alltagsarbeit einbauen. (Beifall.)

Die Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei ist fünf Tage nach dem Tode des Bundesparteiobermannes zusammengetreten und hat am 24. Juli 1975 beschlossen, unseren Kollegen Josef Taus dem außerordentlichen Bundesparteitag als neuen Bundesparteiobermann und Kanzlerkandidaten zur Wahl vorzuschlagen. (Anhaltender Beifall.)

Josef Taus, Sohn einer Wiener Arbeiterfamilie, war seit vielen Jahren als wirtschaftspolitischer Bundesreferent und später als Bundesobermann-Stellvertreter des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes tätig und gehörte damit zu jenen Männern, die in den vergangenen Jahren den politischen Kurs dieser Teilorganisation entscheidend mitbestimmten. Wir kennen ihn darüber hinaus als Mann, der in den Jahren 1966 bis 1970 die Basis für eine Neustrukturierung der verstaatlichten Wirtschaft Österreichs gelegt hat.

Josef Taus hat durch seinen beruflichen Aufstieg an die Spitze der Österreichischen Sparkassen und in seinem politischen Engagement gezeigt, daß in unserer Gemeinschaft das Bekenntnis zur Leistung und das Eintreten für Sozialreformen nicht Gegensätze, sondern notwendige Bestandteile unseres politischen Weltbildes sind. (Beifall.)

In einer Zeit wirtschaftlicher Sorgen, der wachsenden Gefährdung sozialer Einrichtungen durch die Politik der sozialistischen Alleinregierung, die auch die Entwicklung im internationalen Bereich unterschätzt hat, ist Taus als Wirtschafts- und Finanzfachmann der richtige Mann, den wir im richtigen Zeitpunkt an die richtige Stelle berufen. (Beifall.)

Er ist zusammen mit anderen Fachleuten unserer Partei, wie Klubobmann Prof. Koren, die Garantie, daß in Österreich nach dem 5. Oktober wieder besser gewirtschaftet wird. (Beifall.)

Aus dieser Situation heraus und im Hinblick auf die notwendige Geschlossenheit der Partei war ich von der Notwendigkeit überzeugt, Kollegen Taus von Anfang an bei seiner Kandidatur zu unterstützen. (Beifall.)

Anläßlich der Bundesparteileitungssitzung vom 24. Juli 1975 hat Herbert Kohlmaier in jener noblen Haltung, die viele an ihm schon lange schätzen, in klarer Voranstellung des Gesamtinteresses unserer politischen Gemeinschaft, seinen Rücktritt als Generalsekretär der Partei erklärt.

Wir danken heute Herbert Kohlmaier für seine programmatische Arbeit, für seinen unermüdlichen tagtäglichen Einsatz. Wir danken ihm aber vor allem für seine Haltung der Uneigennützigkeit und Solidarität, die er gerade in diesen letzten schwierigen Tagen bewiesen hat. (Beifall.)
Liebe Parteifreunde! Mit solchen Persönlichkeiten wird

unsere Gemeinschaft immer eine starke politische Gemeinschaft sein, ganz gleich, welcher Aufgabe sie nachgehen.
(Beifall.)

Ich möchte hier betonen, daß wir froh sind, daß wir Herbert Kohlmaier nun wieder im großen sozialpolitischen Gebiet als voll einsatzbereiten Abgeordneten zur Verfügung haben. (Beifall.)

Die Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei schlägt dem außerordentlichen Bundesparteitag unseren Kollegen Erhard Busek zur Wahl zum neuen Generalsekretär vor. (Beifall.)

Erhard Busek war bereits als Vorsitzender des Bundesjugendringes politisch tätig. Er hatte anschließend nicht nur als Klubsekretär im Parlament außerordentliche Anerkennung bei allen Abgeordneten gefunden, sondern auch als Generalsekretär des Wirtschaftsbundes durch viele Jahre praktische Erfahrung im Bereich der Organisationsarbeit, vor allem auch in der Anwendung moderner Managementmethoden im politischen Bereich gesammelt. Seine Kompetenz in der politischen Grundsatzarbeit, in der Analyse neuer gesellschaftlicher Entwicklungen, in Fragen der Kommunalpolitik und in der Kontaktfähigkeit mit der Öffentlichkeit hat er immer wieder unter Beweis gestellt.

Der tragische Tod von Bundesparteiobermann Dr. Schleiner zwingt uns in den Führungspositionen der Partei zu einem Neubeginn. Im Bereich der Politik bleibt die Kontinuität gegeben.

Weder Josef Taus noch Erhard Busek haben sich in diese Funktionen gedrängt, sondern sie haben sich dem Wunsch der Bundesparteileitung entsprechend zur Verfügung gestellt.

Dieser Umstand sowie ihre Qualifikation und ihre Erfahrung sind Anlaß für uns, die Kollegen, die eine neue Verantwortung antreten, heute durch ein massives Vertrauensvotum zu unterstützen und ihnen unsere Stimme zu geben. Ich kann Josef Taus und Erhard Busek versichern, daß wir mit ihnen gemeinsam antreten, gemeinsam mit ihnen kämpfen. Ich bin überzeugt, daß wir gemeinsam einen Erfolg am 5. Oktober sicherstellen. (Starker Beifall.)

Vorsitzender der Wahlkommission Robert Graf :

Ich danke Herrn Dr. Mock für die Erstattung des Wahlvorschlages.

Es hat sich der Herr Landeshauptmann Maurer zu Wort gemeldet. Ich darf ihn bitten, es zu nehmen.

a) Diskussion

Landeshauptmann Ökonomierat Andreas M a u r e r

(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Es ist das erste Mal in der dreißigjährigen Geschichte der Volkspartei, daß wir uns mitten in der Ferienzeit zu einem außerordentlichen Bundesparteitag zusammengefunden haben. Der Anlaß rechtfertigt freilich den Wechsel vom Urlaubsdomizil in den Konferenzsaal. Wir sind heute hier hergekommen, weil es der tragische Tod unseres Bundesparteiobermannes Dr. Karl Schleinzler notwendig macht, zwei Monate vor der Nationalratswahl jenen Mann zu wählen, der uns in der bevorstehenden Bewährungsprobe voranzugehen und unsere Partei am 5. Oktober zum Erfolg führen soll.

Entgegen der ursprünglich vorgesehenen Tagesordnung des heutigen Parteitagess müssen wir aber nicht nur einen neuen Bundesparteiobermann wählen, sondern auch einen neuen Generalsekretär. Dies nicht deshalb, weil die Amtszeit unseres Freundes Herbert Kohlmaier bereits abgelaufen wäre, sondern weil er seine Funktion auf eigene Initiative zurückgelegt hat. Der neue Bundesparteiobermann, so wollte es unser Freund Kohlmaier, sollte bei der Auswahl seines engsten Mitarbeiters durch keinerlei Rücksichtnahmen oder Verpflichtungen behindert sein. Dies ausdrücklich festzustellen scheint mir in diesem Zusammenhang notwendig, weil solche menschliche Größe in der Politik durchaus

nicht die Regel, sondern eher der Ausnahmefall ist.

(Beifall.)

Erinnern Sie sich, meine Parteifreunde: Als Dr. Kohlmaier vor vier Jahren zum Generalsekretär gewählt wurde, habe ich den Vorschlag unterbreitet. Daher möchte ich unserem Freund Kohlmaier auch heute für seine großartige Haltung meinen herzlichen Dank sagen.

(Neuerlicher Beifall.)

Der Bundesparteiohmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes hat vor wenigen Minuten dem Hohen Bundesparteitag den einstimmig beschlossenen Wahlvorschlag der Bundesparteileitung zur Kenntnis gebracht. Da ich auch diesmal an seinem Zustandekommen nicht ganz unbeteiligt war, ist es naheliegend, daß ich an Sie, meine lieben Parteifreunde, den eindringlichen Appell richten möchte, den neuen Bundesparteiohmann und den neuen Generalsekretär mit einem ebensolchen einmütigen Vertrauensvotum auszustatten, wie dies die Bundesparteileitung heute auf den Tag genau vor einer Woche getan hat.

Dies ist aber nicht der Hauptgrund dafür, daß ich mich beim entscheidenden Punkt der heutigen Tagesordnung zu Wort gemeldet habe. Was ich Ihnen, meine sehr verehrten Delegierten, verdolmetschen möchte, das sind die entscheidenden Beweggründe, welche die Bundesparteileitung veranlaßten, Dr. Josef Taus als neuen Bundesparteiohmann und Dr. Erhard Busek als neuen Generalsekretär vorzuschlagen. Vor allem waren und sind wir davon überzeugt,

daß die Volkspartei mit diesen beiden Männern an der Spitze das Wahlziel, das schon Karl Schleiner abgesteckt hat, erreichen wird, nämlich wieder die mandatsstärkste Partei zu werden und den Auftrag zur Regierungsbildung zu erhalten. (Beifall.)

Wir halten einen Erfolg der Volkspartei nach reiflicher Überlegung für durchaus realistisch, und zwar nicht nur deshalb, weil die Sozialistische Partei abgewirtschaftet und den Vertrauensvorschuß der Bevölkerung vom Jahre 1971, ich möchte sagen restlos verspielt hat, sondern vor allem deshalb, weil sich die Österreichische Volkspartei in den für sie so schweren Tagen dieses Sommers als einzige geschlossene und auch zum Kampf bereite politische Kraft erwiesen hat. Als eine Partei, die nicht nur willens, sondern auch fähig ist, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften unseres Landes das Staatsschiff wieder in ruhigere Gewässer zu steuern.

Die vergangenen zehn Tage scheinen mir eine Bestätigung dafür zu sein, daß der 15. außerordentliche Bundesparteitag am 1. Dezember 1972 in Salzburg mit der Verabschiedung des neuen Bundesparteiorganisationsstatuts mehr getan hat, als einer innerparteilichen Pflichtübung nachzukommen. Die neuen Statuten und das zugleich beschlossene "Salzburger Programm" haben der Österreichischen Volkspartei jene politische, aber auch organisatorische Basis gegeben, auf der sie sich als Oppositionspartei echt profilieren und den österreichischen Wählern

als bessere Alternative zu den Sozialisten präsentieren konnte.

Nicht nur die Sozialisten, sondern auch mancher Kommentator hätte es sicher nicht ungern gesehen, wenn sich die Volkspartei nach dem Tod Karl Schleinzers in eine langwierige Personaldiskussion verstrickt und sich damit um die echten Erfolgschancen für den 5. Oktober gebracht hätte. Was wirklich geschehen ist, haben die politischen Gegenspieler und die permanenten Kritiker der Volkspartei bestimmt nicht erwartet: daß die Nachfragefrage innerhalb weniger Tage, ja man kann sogar sagen weniger Stunden, und völlig frei von bündischem Egoismus gelöst worden ist. Die Österreichische Volkspartei hat damit ihre Entschlossenheit bekundet, das von Karl Schleinzer hinterlassene Erbe, nämlich die in fünf Jahren Opposition gestählte Einheit und Geschlossenheit nicht nur gut zu verwalten, sondern auch in politischen Erfolg umzumünzen.

Was uns in den vergangenen Tagen schwerer Entscheidungen bewegte, war nicht die Frage, welcher Teilorganisation die möglichen Kandidaten angehören und aus welchem Bundesland sie kommen, sondern es war die Frage, welche Kandidaten die beste Garantie dafür bieten, daß die Volkspartei am 5. Oktober wieder mandatsstärkste Partei wird. Die Bundesparteileitung - und ich bin überzeugt, der heutige Bundesparteitag wird dies nicht anders halten - war einmütig der Meinung, daß die besten Garanten Josef Taus und Erhard Busek heißen. (Beifall.)

Ich habe mich heute aber auch deshalb zu Wort gemeldet, weil ich den neuen Bundesparteiobmann und den neuen Generalsekretär noch vor ihrer Wahl in doppelter Hinsicht der vollen, der bedingungslosen Unterstützung versichern möchte, als Landeshauptmann und geschäftsführender Landesparteiobmann des größten Bundeslandes, aber auch als Angehöriger einer anderen Generation. Denn darüber gibt es wohl keinen Zweifel: Mit den beiden Männern, denen wir heute die Geschicke unserer Partei anvertrauen, treten nicht nur neue Persönlichkeiten, sondern auch Repräsentanten einer anderen Generation als jener, die bisher maßgeblich das Gesicht der Volkspartei prägte, ins volle politische Rampenlicht. Vom designierten Bundesparteiobmann trennen mich persönlich nur 14 Lebensjahre, aber vieles, was mir und anderen führenden Politikern unserer Partei persönliches Erleben war und daher bleibende Erinnerung ist, kennen die nun zur vollen Verantwortung vorstoßenden Generationen nur vom Hörensagen und aus den Geschichtsbüchern, bestenfalls sind es für sie Kindheitserinnerungen. Dadurch werden verständlicherweise auch völlig neue Maßstäbe gesetzt. Ich sage das nicht aus Resignation oder in einer nostalgischen Stimmung, sondern ich sage dies, um die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu bekunden.

Das ist ja das Schöne an unserer Österreichischen Volkspartei: daß in ihr alle ihren Platz und alle ihre Verantwortung finden, egal, welchem Berufsstand sie angehören, aus welchem Bundesland sie kommen und welcher

Altersstufe sie zuzurechnen sind. Was uns alle eint und was uns stark macht, das ist die bedingungslose Überzeugung, daß die christlich-demokratische Idee, der wir uns verpflichtet fühlen, dem Sozialismus einfach überlegen ist und sich daher nach einem kurzen sozialistischen Intermezzo überall in Europa wieder durchsetzen wird. (Beifall.) Ich glaube, mit dem heutigen Bundesparteitag leisten wir in Österreich einen gewaltigen Beitrag dazu.

Wir glauben an die Möglichkeit eines Erfolges am 5. Oktober und wir sind überzeugt, daß die neue Führungsspitze Taus-Busek die Gewähr für diesen Erfolg bietet. Und deshalb schenken wir ihnen unser Vertrauen und deshalb versichern wir sie unserer bedingungslosen Unterstützung! (Beifall.)

Vorsitzender der Wahlkommission Robert Graf :

Ich danke Herrn Landeshauptmann Maurer.

Es hat sich zu Wort gemeldet Herr Landeshauptmann Wallnöfer. Darf ich bitten.

Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Drei Dinge sind es, die ich so einfach wie möglich zu sagen versuchen möchte. Erstens: Nach dem Krieg hat in der Deutschen Bundesrepublik der damalige deutsche Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer mit seinem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und in Österreich der große Bundeskanzler Julius Raab mit seinem Finanz- und wohl auch Wirtschaftsminister Dr. Reinhard Kamitz stets davon gesprochen, daß der Staat und die sonstigen Körperschaften allein niemals in der Lage sind, Wohlstand zu produzieren, sondern daß man bemüht sein müsse, die Investitionstätigkeit des einzelnen und so die Wirtschaft auf breiter Basis zu entwickeln, sie zu bewegen, Steuerleistungen zu erbringen und damit dazu zu kommen, daß die sozialstaatlichen Verhältnisse untermauert werden können.

Die soziale Marktwirtschaft haben sie also gepredigt. Sie hat nun in freien Teilen des deutschen Sprachraumes ein hohes Maß an wirtschaftlicher Blüte und sozialen Verhältnissen zustandezubringen vermocht. Diese Tendenz hat später noch einmal Bundeskanzler Kiesinger mit Franz-Josef Strauß als Finanz- und Wirtschaftsminister und in Österreich Bundeskanzler Klaus mit seinem - ich sage es bewußt noch einmal - Wirtschaftsminister Koren fortgesetzt. Und es ist wohl gar keine Frage, daß wir bis herauf zur Stunde weitgehend von dem leben, was diese Männer damals geschaffen haben. (Beifall.)

Ich meine und glaube, daß der zum Bundesparteiobmann designierte Dr. Josef Taus und der als Generalsekretär vorgesehene Dr. Erhard Busek etwa in der Richtung denken, und darum geben wir aus Tirol - ich würde bitten, daß auch Sie alle den Herren die Stimme geben - ihnen einstimmig die Stimme. (Beifall.)

Dann hätte ich gern ein zweites gesagt. Für mich sind Technokraten nicht das Zielbild der Menschheit, auch nicht der Computer. Ich meine aber, daß der Computer gut sein kann, wenn er richtig verwendet wird und daß wir den Technokraten brauchen, weil er in der Lage ist, Schwächen auszuweisen in verschiedenen Räumen unseres Vaterlandes und Schwächen auszuweisen bei den verschiedenen Berufsgruppen unseres Vaterlandes. Wenn dann diese Papiere entsprechend formuliert auf dem Tisch liegen, dann sind sie eine wesentliche Entscheidungshilfe für die verantwortliche Führungsspitze.

Wenn ich mich nicht täusche, sind diese beiden Leute in der Lage, diese Technokraten zu nützen und aus dem Computer herauszuholen, was sie zur Entscheidungshilfe im Interesse der Menschen brauchen. Aus diesem Grund, würde ich wieder sagen, gefallen mir diese beiden Männer gut. (Beifall.)

Schließlich wird heute davon geredet, daß der Generaldirektor einer Bank ein Kapitalist sein müsse, daß schließlich und endlich der Generalsekretär auch aus kapitalistischen Räumen käme.

Wenn ich mich nicht täusche, sitzen in diesem Raum viele Männer und Frauen, die keine Erbpacht auf den Posten mitgebracht haben, den sie heute in weiten Bereichen mit großer Verantwortung bekleiden. Sie haben sich durch Zielstrebigkeit und Fleiß und vielleicht auch durch ein Maß von Begabung zu dem hinaufgearbeitet.

Wenn Dr. Josef Taus von einem Fleischhauergehilfen kommt, dann hat ihm niemand den Generaldirektorposten der zweitgrößten Bank in die Wiege gelegt. Auch offensichtlich nicht Busek den Posten des Generalsekretärs des Wirtschaftsbundes und jetzt den Posten des Generalsekretärs der Partei. Diese Leute haben mit hoher Zielstrebigkeit gezeigt, daß sie in der Lage sind, in den verschiedensten Bereichen des Lebens und der Wirtschaft entscheidendes zu tun. Ich freue mich darüber, daß sie in der Lage gewesen sind, sich von Null auf das hinaufzuarbeiten. Wenn sie das auch in der Partei tun, dann können wir bei Gott nichts Besseres zusammenbringen. (Beifall.)

Ich freue mich also über diese Vorschläge und bitte Sie alle, verehrte Frauen und Herren Delegierte, die beiden zu unterstützen und damit das Bild, das die Partei in den letzten vierzehn Tagen hinterlassen hat, weiter zu pflegen.

Damit ergibt sich die Gelegenheit, auch noch ein aufrichtiges Wort des Dankes dem Präsidenten Sallinger für das zu sagen (Beifall), was er in den letzten vierzehn Tagen mit soviel Geschick und Menschlichkeit und mit soviel Klugheit getan hat.

Bei anderer Gelegenheit sagte ich bereits, daß sich Generalsekretär Kohlmaier wie ein großer, vornehmer Herr benommen hat. Herr Generalsekretär! Auch dafür meinen aufrichtigen Dank. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender der Wahlkommission Robert Graf :

Ich danke Herrn Landeshauptmann Wallnöfer.

Es hat sich nun unser Freund Dr. Hermann Withalm zu Wort gemeldet.

Vizekanzler a.D. Abgeordneter zum Nationalrat

Dr. Hermann W i t h a l m (mit Beifall begrüßt):

Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner kurzen Ausführungen einen Satz aus der Rede zitieren, die ich als scheidender Bundesparteiobmann am Bundesparteitag vom 4. Juni 1971 gehalten habe.

Ich sagte damals: "Es ist in der Geschichte noch immer so gewesen, daß eine neue Ära auch mit neuen Männern eröffnet wurde."

In den Nachmittagsstunden des 19. Juli 1975, als uns die Schreckensnachricht vom Tode Karl Schleinzers erreichte, wurde mir endgültig klar, daß mit diesem Ereignis das, was bereits vor vier Jahren gesagt worden war, seine letzte und unwiderrufliche Bestätigung erfahren hatte. War es zuerst nach der Niederlage vom 1. März 1970 meine Aufgabe - wie die "Neue Zürcher Zeitung" vom 1. Dezember 1972 schrieb -, die Partei durch die Wüste zu führen, so war es Karl Schleinzer aufgetragen, die Partei zusammenzuhalten und sie für künftige Aufgaben zu rüsten. Mitten aus dieser Arbeit heraus wurde er abberufen.

Gestatten Sie, daß ich in diesem Zusammenhang noch einmal aus meiner Rede vom 4. Juni 1971 zitiere: Ich verwies damals darauf, daß "die Erneuerung der österreichischen Volkspartei nur ein Teilaspekt eines umfassenden Vorganges sei, aus dem jene Partei als Sieger hervorgehen werde, der es als erste gelinge, sich die Struktur einer

modernen Partei zu geben. Eine derartige Aufgabe kann nur" - so sagte ich -, "von neuen Kräften in Angriff genommen werden."

Nach dem tragischen Tod Karl Schleinzers wurden die Weichen nicht zuletzt dank der klugen und zielsicheren Führung der Partei durch Rudolf Sallinger in diese Richtung gestellt. (Beifall.)

Der Dank der ganzen Partei gebührt ihm und all jenen, die in entscheidenden und keineswegs gefahrlosen Stunden die Zeichen der Zeit erkannt haben, die nur an die gesamte Partei gedacht haben und sich nicht von irgendwelchen bündischen Gesichtspunkten leiten ließen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Tage von 19. Juli 1975 bis zum heutigen werden dereinst in der Geschichte der Österreichischen Volkspartei einen ganz besonderen Platz einnehmen. In diesen Krisentagen, da es um entscheidende Weichenstellungen nicht nur für den 5. Oktober 1975, sondern für die Zukunft der Partei ging, wurde genau das unter Beweis gestellt, was zur Führung einer staatstragenden Partei unumgänglich notwendig ist: Verantwortungsbewußtsein und Mut zur raschen Entscheidung.

Nicht zuletzt diese beiden Eigenschaften waren es, die die Männer und Frauen der Bundesparteileitung dazu bestimmt haben, Taus und Busek für die führenden Positionen in der Österreichischen Volkspartei vorzuschlagen.

Meine Damen und Herren! Wer in das Volk wirklich hineinzuhören vermag, wer vor allem auch die Reaktionen der politischen Gegner richtig zu deuten versteht und wer schließlich selbst über einige Erfahrungen verfügt, kann das beruhigende Gefühl haben, daß die Österreichische Volkspartei mit dem heutigen Bundesparteitag auf dem besten Weg ist, sich eine Führung zu geben, die von sich aus durchaus in der Lage ist, die immer wieder notwendige Erneuerung der Partei in die Wege zu leiten und die Österreichische Volkspartei wieder zur führenden Kraft in diesem Lande zu machen. (Beifall.)

Um diese große Aufgabe erfüllen zu können, müssen viele und ganz entscheidende Voraussetzungen in der Person des Parteiobmannes und des Generalsekretärs gegeben sein. Gewiß, die Jugend der beiden gehört sicher nicht zu diesen Voraussetzungen. Sie ist aber ebensowenig ein Hindernis für die Übertragung der höchsten Führungsfunktionen und -positionen, die die Partei zu vergeben hat.

Man hat bereits hören können - und man wird es aus dem Mund des politischen Gegners in nächster Zeit sicher noch öfters hören -, daß Taus und Busek für die ihnen übertragenen Positionen noch zu jung seien.

Meine Damen und Herren! Das soll weder sie noch uns auch nur im geringsten anfechten. Ich frage Sie: War Figl zu jung, als er mit 43 Jahren Bundeskanzler wurde? War Spaak zu jung, als er mit 39 Jahren belgischer Ministerpräsident wurde? Palme wurde mit 42 Jahren schwedischer

Ministerpräsident. Kennedy wurde mit 44 Jahren Präsident der Vereinigten Staaten. Und schließlich wurde Androsch mit 32 Jahren von der Sozialistischen Partei Österreichs zum österreichischen Finanzminister gemacht.

Meine Damen und Herren! Lassen wir uns also, wenn das Geschwätz von der allzu großen Jugend von Taus und Busek beginnen sollte, in keiner Weise irritieren. Wir brauchen das wirklich nicht ernst zu nehmen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Eines aber müssen wir sehr, sehr ernst nehmen, das können wir gar nicht genug ernst nehmen. Ich sagte: Taus und Busek müßten verschiedene persönliche Voraussetzungen erfüllen. Eine Voraussetzung, Hoher Bundesparteitag, können allerdings nicht sie erfüllen, die müssen vielmehr wir, ob wir nun höherrangige oder Funktionäre in niedrigen Funktionen sind, erfüllen. Ich rede von der unbedingten Loyalität und von der treuen Gefolgschaft, die wir dem Parteiobmann und dem Generalsekretär entgegenzubringen und zu leisten haben. (Starker Beifall.)

Ich weiß es aus eigener Erfahrung als Generalsekretär und Parteiobmann im positivem und im negativem, was dies für jenen bedeutet, der diese schwere Last zu tragen hat.

Lassen wir uns daher eines mit allem notwendigen Ernst gesagt sein: Die Tatsache allein, daß wir junge, tüchtige Leute an die Spitze der Partei stellen, macht den heutigen Tag noch lange nicht zu einem bedeutungsvollen Ereignis für die österreichische Volkspartei. Dazu und darüber hinaus

müssen der Parteiobmann und der Generalsekretär das Gefühl und die Gewißheit haben können, daß die ganze Partei wie ein Mann geschlossen hinter ihnen steht. (Starker Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Lernen wir aus der Vergangenheit, und ziehen wir aus ihr für diese unsere Tage und für die Zukunft die entsprechenden Nutzenwendungen. Dann, aber auch nur dann, kann und wird der 31. Juli 1975 das sein, was wir alle wünschen und hoffen: Ein Markstein in der Geschichte der Österreichischen Volkspartei! (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender der Wahlkommission Robert Graf :

Ich danke Herrn Dr. Withalm.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Rednerliste abgeschlossen. Es liegt nunmehr der von Herrn Dr. Mock verkündete Wahlvorschlag als alleiniger Wahlvorschlag vor.

Meine Damen und Herren! Bevor wir nun zum Wahlgang kommen, habe ich pflichtgemäß darauf hinzuweisen, daß diese Wahl innerhalb einer laufenden Funktionsperiode stattfindet. Die Funktionsperiode begann mit dem ordentlichen Bundesparteitag 1974 in Linz.

Die Stimmzettel mit den dazugehörigen Kuverts für die Wahl des Bundesparteiobmannes und des Generalsekretärs erhalten Sie gegen Vorweis Ihrer Delegiertenkarte bei den Wahlkommissionen. Das Wahllokal befindet sich rechts vom großen Saal im Untergeschoß. Ich bitte, den gekennzeichneten Saaleingang an der rechten vorderen Seite zu benutzen.

Im Untergeschoß befinden sich fünf Wahlzellen. Die Wahlzelle 1 ist für Delegierte mit der Delegiertennummer 1 bis 110, die Wahlzelle 2 für die Nummern 111 bis 220, die Wahlzelle 3 für die Nummern 221 bis 330, die Wahlzelle 4 für die Nummern 331 bis 440, und schließlich die Wahlzelle 5 für die Nummern 441 bis 557 reserviert.

Meine Damen und Herren! Ich unterbreche nunmehr zum Wahlgang die Sitzung des Bundesparteitages und berufe diesen Parteitag für 11 Uhr 45 Minuten wieder ein. Ich bitte Sie, um 11.45 Uhr pünktlich ihre Plätze einzunehmen.

(Die Beratungen des Bundesparteitages werden unterbrochen.)

b) Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Vorsitzender der Wahlkommission Robert Graf :

Die für den Wahlgang unterbrochene Sitzung des Bundesparteitages ist wieder eröffnet.

Das von der Wahlkommission ordnungsgemäß geprüfte Ergebnis liegt vor. Bei der Wahl zum Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei wurden 491 gültige Stimmen abgegeben. Es entfielen auf Dr. Josef Taus 481 Stimmen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Damit ist Dr. Josef Taus zum Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei gewählt.

Bei der Wahl zum Generalsekretär wurden 486 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Dr. Erhard Busek 480 Stimmen. (Neuerlicher anhaltender Beifall.) Mithin ist Dr. Erhard Busek zum Generalsekretär der Volkspartei gewählt.

Mit dieser Mitteilung ist der Wahlvorgang abgeschlossen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Herrn Präsidenten Sallinger, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender geschäftsführender Bundesparteiobmann
Ing. Rudolf Sallinger (den Vorsitz übernehmend):
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Freunde aus der Österreichischen Volkspartei! Nochmals frage ich jetzt Dr. Josef Taus: Nimmst du die Wahl an?

Dr. Josef Taus : Ja! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender geschäftsführender Bundesparteiobmann

Ing. Rudolf S a l l i n g e r : Dr. Erhard Busek, nimmst du die Wahl an?

Dr. Erhard B u s e k : Ich nehme an! (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Vorsitzender geschäftsführender Bundesparteiobmann

Ing. Rudolf S a l l i n g e r : Meine Damen und Herren! Ich habe am 19. Juli in den Abendstunden diese schwierige Aufgabe als geschäftsführender Bundesparteiobmann übernommen. Gemeinsam mit meinen Freunden, den Obmännern der Teilorganisationen und den Landesparteiobmännern habe ich Vorgespräche geführt, die heute am 18. außerordentlichen Bundesparteitag zur einmütigen Wahl des Bundesparteiobmannes und des Generalsekretärs geführt haben. Ich lege nun meine Aufgabe in die Hand des neugewählten Bundesparteiobmannes zurück. Ich darf die beiden Herren bitten, am Präsidium Platz zu nehmen. (Dr. Taus und Dr. Busek werden auf ihrem Weg zum Präsidium von anhaltendem Beifall der Delegierten begleitet.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte als erster den beiden Spitzenfunktionären Dr. Josef Taus und Dr. Erhard Busek herzlich gratulieren. Ich wünsche ihnen viel Glück, viel Erfolg und Gottes Segen! (Erneuter Beifall.)

Bundesparteiobmann Dr. Josef T a u s : Jetzt kommt die erste autoritäre Entscheidung: Der Präsident Sallinger bleibt heroben, und ich bitte die Wahlmannschaft, heraufzukommen. (Unter dem Beifall der Delegierten betreten Dr. Kohlmaier, Dr. Mock, Dr. Koren, Dr. Krainer, Dr. Lanner, Jäger und Dr. Ratzenböck das Präsidium.)

Hoher Bundesparteitag! Ich danke für den überwältigenden Vertrauensbeweis. Soviel Vertrauen ist eine schwere Verpflichtung. Ich hoffe, ich kann dieser Verpflichtung gerecht werden. Aber mich drängt es, nun doch etwas zu sagen.

Ich habe diese schweren Tage unserer Partei aus nächster Nähe miterleben müssen. Unser Bundesparteiobmann Dr. Schleinzer verunglückte tödlich, und da zeigte sich etwas bei aller Tragik des Geschehens: Es hat in diesen schweren Tagen kein Vakuum gegeben. Wir hatten keinen geschäftsführenden Parteiobmann, wir hatten einen Parteiobmann, der agierte, handelte und entschied. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf nun in die Sitzung weiter eingehen und Dr. Busek das Wort erteilen.

6. Rede des neugewählten Generalsekretärs

Dr. Erhard Busek

Generalsekretär Dr. Erhard B u s e k (mit starkem Beifall begrüßt): Hoher Parteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Und, wie ich gerne sagen möchte, liebe Freunde! Für das große, ich möchte sagen übergroße Vertrauen, das Sie mir in dieser Stunde durch die Wahl zum Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei entgegengebracht haben, möchte ich Ihnen aus ganzem und vollem Herzen danken.

Ich habe mich um dieses Amt nicht beworben, noch gedrängt, doch neben vielem, was der tragische Tod unseres Karl Schleinzer am 19. Juli 1975 für uns bedeutet, bedeutet er auch, daß es nun gilt, persönliche Überlegungen und Meinungen hintanzustellen, wenn nicht Größeres verloren gehen soll. Ich habe mich daher der Herausforderung dieser Aufgabe gestellt, und Sie haben eine Zustimmung gegeben, die bei kritischer Beobachtung vielleicht in dem einen oder anderen Zweifel aufkommen läßt, ob wir nicht eine neue Qualität eines demokratischen Systems gewonnen haben. Ich werde Ihnen dafür Garantie sein, daß das sicher nicht der Fall ist. Jene unter Ihnen aber, die nicht nur in diesem Saal, sondern vielleicht auch außerhalb Zweifel daran haben, ob ich eine gute Wahl bin, die sicher aus guten Gründen und wohlüberlegter Meinung nicht in der Lage waren, mit auf die erste Stunde hin die Zustimmung zu geben, bitte ich, genauso wie Sie, es mit mir trotzdem zu versuchen: Mit offenem Herzen und ehrlicher Kritik, damit

wir gemeinsam jenen Weg finden, der zur Verwirklichung der uns gestellten Aufgabe führt.

Erlauben Sie mir daher, einen Gedanken allen anderen Überlegungen voranzustellen: Eine Partei ist so glaubhaft und überzeugend, wie jene, die sie repräsentieren. Dieser harte Satz gilt nicht nur für uns beide, die wir heute hier angetreten sind, er gilt für alle Bereiche und Ebenen der Politik: Wie wir dem Bürger begegnen im täglichen Leben, in der Gemeinde, bei seinen persönlichen Nöten, im persönlichen Umgang und in den Grenzfällen des Lebens. Das verlangt aber von uns jene notwendige Offenheit und Ehrlichkeit, die wir untereinander oft vermissen lassen. Die brüderliche Zurechtweisung, die man einem Freunde gibt, wenn man es ernst mit einer Freundschaft meint. Wenn wir zueinander Parteifreunde sagen, so kann das keine Einschränkung unseres persönlichen Verhältnisses sein, wie es oft in einem Witzwort beschrieben wird, sondern nur eine höhere Verpflichtung. Um diese Freundschaft darf ich Sie nicht nur in diesen Tagen und aus unserer jetzigen Situation heraus ersuchen, sondern bleibend, weil sie über die Zeit und Dauer hin schwerer zu erbringen ist, immer wieder errungen und immer wieder bewiesen werden muß.

Diese Freundschaft gegenüber der Österreichischen Volkspartei hat einer bewiesen, dem ich nicht nur danken muß, weil es eine Ehrenpflicht ist, sondern aus vollem Herzen danke: Herbert Kohlmaier. (Starker Beifall.)

Neben der beispielgebenden Art und Weise, in der mein politischer Vater Rudolf Sallinger wohl eine der kritischsten Situationen in der Geschichte unserer Volkspartei gemeistert hat, ist es die stille Selbstverständlichkeit gewesen, in der mein Vorgänger in einer sehr menschlichen Weise mir als erster unter vier Augen mitgeteilt hat, daß eine neue Verantwortung auf mich zukommt. Und eines möchte ich sagen: Zur Erleichterung hat er mir mitgeteilt, daß er mir seine helfende Hand für die Zukunft bietet. (Starker Beifall.) Dafür danke ich ihm und danke ihm auch, daß er als Zeichen der Kontinuität - und sicher zunächst mit gemischten Gefühlen - seinen Platz in unserer gemeinsamen Wahlmannschaft eingenommen hat. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Kontinuität ist es - Kontinuität im Wandel -, die die ÖVP seit den Tagen ihrer Gründung diesem Land immer wieder gegeben hat. Ich sehe vor mir die großen, schon Geschichte gewordenen Leistungen meiner Amtsvorgänger Felix Hurdes, Alfred Maleta und Hermann Withalm, die durch eine dankenswerte Fügung des Schicksals Mentoren meiner ersten politischen Tätigkeit im Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei gewesen sind. Ich sehe aber auch in diesen Namen eine Herausforderung, ein Vorbild und ein Orientierungszeichen, dem ich mich gerne und mit ganzer Kraft würdig erweisen will.

Mir obliegt es nun in einer besonders schwierigen Situation die Aufgaben des Generalsekretärs wahrzunehmen,

wobei wir es uns keine Sekunde leisten können, am Wege zu verharren, darüber nachzusinnen, wie die Gunst der Stunde ist. Wir stehen unter dem Zwang des Handelns, und - ich glaube, ich kann es auch für Josef Taus sagen - wir werden diesen Zwang zu einem Gesetz des Handelns machen. (Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Viele freundliche Worte, aber auch begründete Bedenken sind gegenüber dem neuen Führungsduo schon vor der Wahl vorgebracht worden: Wir werden die einen zu bestätigen haben, die anderen zu zerstreuen. Man sagt uns nach und manche auch vorher, daß wir sehr ähnlich sind. Ob das stimmt, wird die Entwicklung weisen.

In einem jedoch sind wir uns sicher nicht nur ähnlich, sondern gleich: In dem Willen, die Wahlen am 5. Oktober 1975 zu einem Erfolg für die Österreichische Volkspartei zu gestalten. (Beifall.)

Nehmen Sie unsere Versicherung entgegen, daß wir uns mit unserer ganzen Kraft dafür einsetzen werden, aus unserer Volkspartei das Beste zu machen, die uns gemeinsam auferlegte Verantwortung zu tragen und zu teilen und unermüdlich den Versuch zu unternehmen, unserem Land den Weg in eine sichere und bessere Zukunft zu bereiten.

Von vielen Freunden und auch von politischen Gegnern ist das Team Taus - Busek als ungewöhnlich bezeichnet worden. Als Argument dafür mußten Bünde, Länder, Alter und die verschiedensten Schönheitsideale dafür herhalten. Die Verantwortlichen unserer Partei haben sich um solche Scheinprobleme nicht gekümmert. Daher ist es für uns eine

Verpflichtung, nicht ein ungewöhnliches, sondern ein außergewöhnliches Team zu werden: Für eine außergewöhnliche Partei, die in einer außergewöhnlichen Stunde imstande war, ihre außergewöhnliche Stärke für unser Land zu zeigen. (Starker Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich verzichte darauf, diesen Worten die üblichen Loyalitätserklärungen für den Obmann hinzuzufügen, denn haben wir diese Loyalität nicht, werden Sie und wir es schmerzlich fühlen. Zeigen wir aber Freundschaft und Loyalität, so können und werden wir sie in gleicher Weise von allen in dieser Partei verlangen.

Wir wollen für eine Partei arbeiten, der es nicht um die nackte Macht geht, sondern die mit dem Vertrauen der Wähler die erste Kraft in diesem Lande werden will, um mit dieser Kraft den wirksamen Impuls zur Zusammenarbeit aller politischen Kräfte in der Demokratie geben zu können. Damit sollen nicht Gegensätze verschleiert, Positionen aufgegeben oder Konflikte wegdiskutiert werden, im Gegenteil: Nur aus der Kenntnis der wahren Probleme und nur aus der Festigkeit des eigenen Standpunktes ist man in der Demokratie in der Lage, zu einer funktionsfähigen und leistungsorientierten Zusammenarbeit zu kommen. Nicht regieren wollen um jeden Preis, sondern um eine bessere Politik zu gestalten, mitzugestalten. Konsens, Übereinstimmung kann man nicht ohne Konflikt sehen. Wer nämlich auf die Erarbeitung einer eigenen Position, die Formulierung der eigenen Wertvorstellung, die Vertretung der eigenen Grundsätze verzichtet, macht den

Kompromiß zur falschen Ideologie. Dieser Kompromiß ist aber dann kein Nachgeben zugunsten des Gemeinsamen, sondern ein Nachgeben gegenüber den Zuständen. Oft ist es uns in Österreich passiert, daß wir den Kompromiß schon früher gesehen haben, als wir den Konflikt erkannten, nur um unseren Frieden mit den Zuständen und oft auch mit unserer eigenen Bequemlichkeit zu machen. Ein Verzicht auf das Vertreten der eigenen Position, der eigenen Aufgabe in der Gemeinschaft ist Anpassung, wobei man sich an vieles anpassen kann: an Modetrends, an den Stärkeren, an die Faulheit und an die Feigheit. Wir aber wollen nicht Anpassung in der Zusammenarbeit, sondern Grundsatz.

Wie ist nun dieses Grundverhältnis zwischen Grundsatz und Anpassung in der Politik? Alle politischen Entscheidungen sind grundsätzliche Wertentscheidungen über die Zukunft der Menschen und der Gesellschaft. Politik ist daher nicht nur leichthin die Kunst des Möglichen, sondern in graduellen Unterschieden die Verwirklichung von Ideen mit den unterschiedlichsten Mitteln. Sich die Erde untertan zu machen, wie der Auftrag des Menschen lautet, ist nur möglich, wenn man bestimmte Vorstellungen von dieser zu gestaltenden Erde in die Wirklichkeit umsetzt.

Wer allerdings die Politik der letzten fünf Jahre verfolgt, hat mehr und mehr den Eindruck, daß eine sozialistische Mehrheit Anpassung und nicht Grundsatz bedeutet und nur mehr der kurzfristige Erfolg, der Gag und die Überraschung als oberster Grundsatz gegolten haben.

Politik ist nicht mehr Gestaltung, sondern offensichtlich Ablenkung und Unterhaltung geworden. Das Ringen um Entscheidungen wird ersetzt durch alleserfassende und allesverzehrende Kommissionen. Die verantwortete Information der Öffentlichkeit wird verdrängt durch die Kunststücke eines Zauberers, der vorne an der Rampe der Bühne steht und aus seinem roten Zylinder bunte Tücher, Kaninchen, Tauben und in der letzten Zeit sehr viele faule Eier zieht. (Starker Beifall.) Der Staatsbürger ist nicht mehr Akteur oder Betroffener in diesem System, sondern Inhaber eines gutgeheizten Logenplatzes, von dem aus er verfolgen kann, ob die Einsätze der Unterhaltungstruppe funktionieren, ohne zu merken, daß er schon dabei ist, dafür die Rechnung zu bezahlen. An Kulissen wird dabei nicht gespart. Der Arbeitergesangsverein der ehrwürdigen sozialistischen Parteigeschichte muß der K.k.-Hofoper weichen, Schönbrunn wird zur Kulisse des "roten Habsburgers", wie der Parteivorsitzende der SPÖ dieser Tage vom nicht mehr sehr anziehenden Ausziehmagazin "Playboy" bezeichnet wurde. (Heiterkeit und Beifall.) Abgesehen davon, daß sich die Geschichte gegen diese Verwechslungen wehren muß, müssen wir auch darauf hinweisen, daß offensichtlich das "moderne Österreich" vergessen ist, denn aus den 1400 Experten haben sich nicht einmal 14 gefunden, die in der Lage sind, überzeugend Ministerämter zu bekleiden. (Heiterkeit und Beifall.) Denn, meine Damen und Herren, wenn Sie es genau betrachten: Wir haben einen Bundesminister für Bauten, der nichts mehr

baut, wir haben einen Bundesminister für Landesverteidigung, aber er hat keine Wehr, wir haben einen Bundesminister für Finanzen und er sucht welche, und wenn man der Frau Bundesminister für Gesundheit zuhört, könnten Sie manchmal krank werden. (Neuerliche Heiterkeit und Beifall.) Die gegenwärtige SPÖ-Regierungsmannschaft, die von ihrem Vorsitzenden eine Bestandsgarantie erhalten hat, tritt heute mit zahlreichen Ausnahmen von der Altersklausel an, die der heute selbst betroffene Parteiobmann zur Absetzung seines Vorgängers eingeführt hat. Kein Wort gegen das Alter - im Gegenteil, aber alles gegen vorgetäuschte Prinzipien, die nicht von einem Parteitag zum anderen halten. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es wird unsere Aufgabe sein, in den Tagen bis zur Wahl unmißverständlich darauf hinzuweisen, daß in den Jahren seit 1970 die Sozialistische Partei nicht die demokratische Gestaltung des Lebens zum Ziel gehabt hat, sondern immer wieder Gruppen in dieser Partei versucht haben, Zusammenarbeit durch eine Mehrheit der 51 Prozent zu ersetzen und den schmalen mathematischen Unterschied gegen die Mehrheit von sachlichen Meinungen und Einwänden brutal auszunützen. Gemeinsame Verantwortung wird heute von der Sozialistischen Partei als Packelei bezeichnet. In den entscheidenden Fragen aber vor die Wahl gestellt, mit uns zusammenzuarbeiten oder brutal die Mehrheit auszunützen, hat die SPÖ in den wesentlichen Fragen immer den zweiten Weg gewählt. So zum Beispiel in der verstaatlichten Industrie, obwohl heute Kreisky die

entstandene Machtkonzentration selbst beklagt, die er schließlich mit seinen Gesetzesvorschlägen herbeigeführt hat, im Kärntner Ortstafelkonflikt, obwohl die SPÖ heute zur Besonnenheit mahnt, die sie selbst nicht gezeigt hat. Bei der Fristenlösung, obwohl die SPÖ heute von einer Offenheit gegenüber der Kirche und dem Volksbegehren redet, und nicht zuletzt bei der Schul- und Hochschulpolitik, obwohl es gerade hier um die gemeinsame Zukunft unserer Kinder, unserer Jugend und unserer Studenten geht.

Das aber alles sollte verschleiert werden durch die ORF-Gegenreform, in der die Demokratisierung zur Gremialisierung wurde, in der ein funktionierendes Unternehmen in das Zwangsskelett eines nicht durchzuführenden Gesetzes gepreßt wurde, wo bei der Programmgestaltung vom sozialistischen Parteivorsitzenden die Wichtigkeit der Unterhaltung zum Nachteil der Information betont wurde, weil Kreisky offensichtlich genau den Zeitpunkt vorausgesehen hat, wann eine alte amerikanische Filmkonserve aus den dreißiger Jahren interessanter ist als ein Auftritt des Sonnenkönigs. (Heiterkeit und Beifall.) Und nicht zuletzt wurde auch Kindesweglegung betrieben, weil die zur Durchführung des Gesetzes Verurteilten, die Redakteure und die Programmverantwortlichen, jene Verantwortung zugeteilt erhielten, die der Vater dieses Gesetzes eigentlich hat.

Beliebig ließe sich die Reihe der Argumente fortführen, daß die SPÖ die Dampfwalze der Mehrheit der Zusammenarbeit

und damit den demokratischen Machtmißbrauch der Kontrolle des Parlaments und der Öffentlichkeit vorzieht. Die ÖVP will vielmehr die wahren Probleme Österreichs in den Vordergrund stellen und Lösungen anbieten. Ich erachte es heute nicht als meine Aufgabe, Ihnen in meinen kurzen Worten darüber einen Aufriß zu geben. Das wird der Bundesparteiobmann tun. Denn bei uns braucht man keine Neben-Wahlprogramme einer Jungen Generation, um den Parteivorsitzenden dort hinzurücken, wo er nach Ansicht der nachkommenden Jugend sein soll. (Beifall.)

Es wird sich die Frage an die SPÖ und an ihre Verantwortlichen stellen, wer hier stärker ist, wobei Kreisky nicht mehr in einer One-Man-Show sagen kann: Ich oder ich?, sondern offensichtlich er und Konecny. (Heiterkeit.)

Eines erlauben Sie mir jedoch hinzuzufügen: Wir müssen unsere Vorstellungen glaubhaft vertreten. Wenn wir immer sagen, daß der Mensch im Mittelpunkt unserer Politik steht, dann darf es nicht eine Sonntagsrede sein, sondern kompromißlose Wirklichkeit. Denn gerade heute braucht der Mensch nicht nur das Reden von Systemen, Strukturen, gesellschaftlichem Bewußtsein, Lernvorgängen und so weiter, sondern auch eine Heimstätte für sich selbst. Vor lauter Tun, von dem wir nicht wissen, warum wir es tun, haben wir auf die Gründe unseres Seins oft vergessen. Alles ist uns gelungen, ein gigantischer Fortschritt wurde verzeichnet, der Weg zum Rendezvous im Weltall eröffnet, fast könnte man sagen, daß alle Versuchungen des Teufels an Christus, die die Bibel

als Versuchungen des Menschen aufzeichnet, gelungen sind. Wir können mit Hilfe der Technik vom höchsten Turm springen, weil wir fliegen gelernt haben, wir können Steine zu Brot machen, weil uns die Machbarkeit des Lebens fast gelingt, wenn nicht die Natur manchmal in bitteren Katastrophen uns die Grenzen zeigt. Wir setzen an, über alles zu herrschen - vom höchsten Berge aus -, weil Machträger heute über Mittel verfügen, die uns erschauern lassen in ihrer Totalität. In dieser Überfülle der menschlichen Möglichkeiten und Versuchungen gleichen wir als einzelne dem Schwimmer im Meer, der die Sicht nach dem rettenden Ufer verloren hat. Wir leben in einer an Perfektion grenzen wollenden staatlichen Ordnung, und dennoch gibt es noch immer und aufs neue Armut, Einsamkeit, Not und Verzweiflung.

Wir leben in einer Zeit relativer Zufriedenheit, und dennoch haben wir entdecken müssen, daß eine Jugend mit den Antworten materieller Lebenserfüllung nicht zufrieden ist. Danken wir der Jugend für diesen Hinweis, denn daraus erkennen wir, daß nichts im Leben vollkommen und noch ein weites Feld für unsere Bemühungen offen ist. Daraus erkennen wir aber auch, daß es allein das Materielle, das Zweckmäßige, das Rationelle nicht sein kann. Bei aller Perfektion werden wir nie eine perfekte Gesellschaft erreichen, sondern nur eine unvollkommene, wie eben auch die Menschen unvollkommen sind. Gerade aus dieser Spannung heraus aber erhalten wir als eine am christlichen

Menschenbild orientierte Partei den Antrieb, es besser zu machen, es immer wieder zu versuchen, die neuen Bedrohungen des Menschen zu bekämpfen und die neuen Chancen wahrzunehmen. Bei dieser Suche kann eine Partei Hilfe und Heimat geben, und das muß das Ziel einer Volkspartei sein.

Überzeugung und Vertrauen müssen wir ausstrahlen, wenn es gilt, die Freiheit täglich zu erringen und nicht nur zu verlangen. Verantwortung ist für uns nicht Last, sondern Selbstverständlichkeit einer inneren Verpflichtung. Leistung ist Voraussetzung dafür, allen Menschen in der Gemeinschaft Sicherheit in allen Lebensbereichen zu bieten, denn kollektive Ersatzmechanismen können nicht jene soziale Integration erbringen, die die Voraussetzung für persönliche Freiheit und gesellschaftliche Gerechtigkeit ist. Wir haben die Chance, unser kleines Österreich zu einer Versuchsstation zu machen, zu einem Modell, nicht als Großmacht oder Besserwisser, nicht als Insel, sondern in der Bescheidenheit eines Kleinstaates, der seine Neutralität nicht als Gesinnungs- und Schicksalslosigkeit, sondern als Chance begreift, einen neuen und besseren Weg zu gehen.

Halten wir daher für die Zukunft unserer Politik einige Grundsätze fest: Wir müssen erkennen, daß Menschen begrenzte, vom Ausgang her ungleiche, endliche und deshalb auf gemeinschaftliche Bindung angewiesene Wesen sind. Wir müssen erkennen, daß wir auf Einsichten und Orientierungen angewiesen sind, die nicht nur aus unserer Kraft und

Vernunft kommen können, sondern aus den Erfahrungen der Geschichte und der Autorität derer, die Verantwortung tragen und getragen haben. Wir müssen einsehen, daß es Wandel und Veränderungen gibt, weil die Welt und damit auch die Gesellschaft sich in einem permanenten Wandel befindet. Ordnung ist daher nicht Statik, sondern ein Prozeß; eine ständige Wandlung der Zustände, wo Grundsätze durchgehalten werden müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, können wir nicht nur immer Neues verlangen, sondern müssen auch Altes erhalten und Neues erbringen, können wir nicht nur verteilen, sondern müssen auch schaffen, dürfen wir nicht nur verwalten, sondern müssen auch regieren. Wir leben nicht in einer Gesellschaft, wo Geburt oder Besitz die bestimmenden Kräfte sind, sondern in der Demokratie überzeugt die Tat. Parteien sind daher nicht zum Verharren auf den Plätzen berufen, sondern zum Handeln, denn danach werden wir gemeinsam gemessen und gewogen, und wenn wir handeln, nicht zu leicht befunden werden.

In der Konfrontation mit den politischen Vorstellungen darf der Bürger nicht unterschätzt oder nur als Stimmvieh oder Manipulationsopfer angesehen werden. Wer den Fehler begeht, den Wähler dümmer anzusehen, als er in Wirklichkeit ist, hat schon verloren.

Der Mensch ist aber nicht nur ein gesellschaftliches, sondern auch ein kosmisches Wesen. Er ist hingeordnet auf die Natur, die er sich erhalten will und auf die Ordnung

einer größeren Welt. Wir müssen vom Menschen nicht nur erwarten, daß er herrschen will, sondern daß er auch dienen kann. In dieser freiwilligen Selbstbeschränkung, in diesem Verzicht auf Herrschaft durch Apparate und Institutionen über den Menschen, in diesem Angebot des Dienstes an den Menschen, liegt eine der großen Chancen der Entwicklung unserer Partei: daß wir versuchen, uns die nötige Unruhe zu erhalten, um Fragen zu stellen, die Geister zu unterscheiden und jenen Mut zum Wagnis an den Tag zu legen, der den Gang an die Grenzen bedeutet.

Wir dürfen mit den Zuständen keinen falschen Frieden machen und uns nicht jenem Gehorsam entziehen, den wir gegenüber der Verpflichtung haben, wirklich Mensch zu sein. Wir müssen die Zeichen der Zeit lesen, die Anstiftung zum Unfrieden zum Besseren aufnehmen und aus jener inneren Ruhe und Überzeugung handeln, die einmal den Satz geprägt hat, daß der Glaube Berge versetzen kann.

Wenn wir diesen Geist nicht löschen, keine Ausreden verwenden, daß wir uns, wie geschrieben steht, einen Grund gekauft hätten, ein Joch Ochsen oder ein neues Weib, dann wird uns der Aufforderungscharakter der Politik klar sein. Wer dabei glaubt, auf Grundsätze verzichten zu können und ein Ebenbild seiner Zeit sein will, wird der Bild- und Gesichtslosigkeit verfallen. Sind Gesichtslose aber noch Menschen? Hätten wir aber keine Grundsätze mehr anzubieten, wäre das Urteil der Geschichte über uns schon gesprochen.

Wie aber setzen wir diese Überlegungen um? Wie sehen grundsätzliche Fragen im Alltag einer Parteiarbeit aus? Ich sehe meine Aufgabe in der Zukunft darin, aufbauend auf den Leistungen von 30 Jahren, das Generalsekretariat unserer Partei ein Nervenzentrum unserer Idee sein zu lassen, wo nicht nur registriert und reagiert wird, sondern wo wir auch steuern und handeln, Impulse geben und empfangen. In der Weiterentwicklung unserer österreichischen Volkspartei müssen wir dazu kommen, nicht Mitglieder zu sammeln, um sie oft mehr schlecht als recht zu informieren, sondern Mitarbeiter zu aktivieren, um ihnen überschaubare und leistbare Aufgaben zu stellen. Wir müssen die Not, von der ich gesprochen habe, aufspüren, wir müssen die Hilfe, die gebraucht wird, anbieten, wir müssen die Gesprächspartner sein, die man sucht.

Vielleicht werden wir unsere Arbeit vermehrt unter zeitlich und sachlich begrenzte Programmschwerpunkte zu stellen haben, die es uns ermöglichen, uns selbst über Stärken und Schwächen Rechenschaft zu geben. Eine demokratische Partei besteht nicht aus einem Sitzungskalender und Geselligkeitsveranstaltungen, sondern besteht in einer Aktions- und Dienstleistungsgemeinschaft. Aktionen haben wir auf allen Ebenen dort zu machen, wo wir im Geiste unserer Idee konkrete Vorstellungen verwirklichen wollen. Wo wir glauben, eine Lösung anzubieten, wo wir uns durchsetzen wollen oder die Öffentlichkeit erst darauf ansprechen müssen.

Politik besteht aus Ereignissen und nicht aus Verhinderungen, aus Veränderungen in unserem Geist und nicht aus müder Resignation. Dienstleistungen haben wir auf allen Ebenen dort anzubieten, wo wir den Menschen helfen können, wo wir die Lebbarkeit und die Leistbarkeit der Anforderungen unserer Zeit und der Gesellschaft an den Menschen sicherstellen müssen. Wir haben verheißungsvoll beim Wählerservice begonnen und müssen beim Modell einer offenen Partei enden, die zu allen Bürgern eine Basis hat, seien es Freunde, Gegner oder Unentschiedene.

Unseren Mitarbeitern und Freunden haben wir eine Partei zu sein, der sie sich sicher sein können, deren Standpunkt sie teilen, an dessen Erarbeitung sie teilgenommen haben. Mitarbeiter und Freunde tragen die Verantwortung für eine gute Auswahl der Personen und gerechte sachliche Entscheidungen.

Um das zu ermöglichen, müssen wir noch bessere Wege der Information und Entscheidungsfindung auf der Basis unseres Statuts suchen. Unsere Organisation muß die Möglichkeit bieten, in kleinen, mobilen Gruppen Aufgaben zu übernehmen und Leistungen abzufragen, Strukturen nach Notwendigkeit zu bilden und nicht nach Gewohnheit zu behalten.

Aufgabe der Parteizentrale wird es weiterhin sein, neben den tagespolitischen Auseinandersetzungen die längerfristigen Entwicklungen zu verfolgen, neugierig zu sein, welche Chancen und Gefahren auf uns zukommen, wißbegierig zu sein, was in der Welt vorgeht, mit sich unzufrieden zu sein, was den Dienst an Staat und Bürger betrifft.

Unseren politischen Gegnern haben wir eine Partei zu sein, die sich ihrer Stärke und Überzeugung, aber auch der gemeinsamen Verantwortung für die Demokratie und für Österreich bewußt ist. Gemeinsam haben wir nicht nur an der Verbesserung des Lebens, der Sicherung der Zukunft zu arbeiten, sondern auch am Inhalt und Stil der Demokratie. Wir dürfen weder zu einem Anspruchserfüllungsstaat kommen, noch die staatlichen Einrichtungen mit einem Selbstbedienungsladen verwechseln, wie dies der Politik der SPÖ in den letzten Jahren immer wieder zugrunde gelegen ist. Der politische Gegner wird in uns aber auch einen offenen und fairen Gesprächspartner finden, wo er selbst bereit ist, sich an diese Maximen einer politischen Kultur zu halten.

Den Unentschiedenen und Suchenden dieses Landes aber haben wir eine Partei zu sein, die versucht, in ein Gespräch zu kommen - wann und wo immer es möglich ist. Offen für alle Lebensbereiche und Entwicklungen wollen wir ein Partner sein, der seine Überzeugung hat, aber kein Zwangsbeglücker sein will. Ich lade von hier aus all jene ein, die sich von uns vernachlässigt, verkannt, abgestoßen oder verunsichert fühlen, wieder in ein Gespräch mit uns einzutreten. Denn wer miteinander leben will, muß miteinander reden können. (Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Es ist mir ein persönliches Bedürfnis, besonders an die jungen Menschen in diesem

Land diesen Aufruf zu richten, denn um ihre Zukunft ringen wir. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, ihn an die Künstler zu richten, denn sie fühlen oft voraus, was Schicksal und Chance ist. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, ihn an die Intellektuellen zu richten, weil nicht immer Zahl schon Bedeutung heißt. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, ihn an jene zu richten, die in Bedrängnis sind, weil wir helfen wollen, und nicht zuletzt an die älteren Menschen dieses Landes, weil wir ihnen Dank schulden. Dank dafür, was sie für uns und unser Land getan haben. (Beifall.) An sie alle und wer immer diesen Ruf vernehmen will, richte ich die Aufforderung, der Volkspartei eine Chance zu geben, für sie da zu sein, denn wir sind gerne für sie da!

In einer ersten Etappe unserer Tätigkeit haben wir die Aufgabe, die Schicksalswahl des 5. Oktober 1975 zu bewältigen. Im Geiste und im Vermächtnis von Karl Schleizer wollen wir daran gehen, diese Auseinandersetzung um Österreichs Zukunft zu gestalten. Keine leichte Aufgabe für ein neues Team, das unvorbereitet auf Vorbereitetes stößt, in wenigen Wochen persönlich das aufholen muß, was der politische Gegner seit geraumer Zeit tun kann.

Doch meiner Ansicht nach richtet sich die Frage "Kreisky - wer sonst?", schon längst nicht mehr an den österreichischen Wähler, sondern wird vom Wähler an die SPÖ gerichtet. Die Kronprinzen sind es offensichtlich längst nicht mehr, die diese bange Frage sozialistischer Parteigänger beantworten können. Zu sehr haben sie der

Gloriole ihres Sonnenkönigs dienen müssen, um noch Teil einer überzeugenden Wahlmannschaft der Mehrheitspartei zu sein, wie sie für die ÖVP Karl Schleinzer aufgebaut hat und wie sie jetzt von Josef Taus geleitet wird. Die SPÖ hat keine gesamte personelle Alternative anzubieten, kann keine Kontinuität garantieren, sondern ist gezwungen, ihren Parteivorsitzenden in Waschmittelmanier als "Kreisky-neu" anzubieten (Beifall), obwohl das alles längst als Reprise aus Verlegenheit zu erkennen ist. Und wir alle wissen, daß nicht ein Mann, sondern eine Partei und ihre Bereitschaft zur Verantwortung gewählt wird.

Dieses Bewußtsein und dieser Bundesparteitag darf uns nicht in Euphorie versetzen. Nichts ist gewonnen, wenn wir es gemeinsam nicht tun. Nichts ist erreicht, wenn nur einer glaubt, jetzt in Halbschlaf oder Urlaubsruhe versinken zu können. In den 65 Tagen bis zur Wahl müssen wir die Chancen nützen, jene 250.000 Österreicher noch anzusprechen, die den Erfolg unserer Partei entscheiden. Da wir sie aber nicht kennen, da es jeder sein kann, mit dem wir täglich zu tun haben: Sprechen wir mit den 5,5 Millionen Österreichern, die zur Urne gerufen sind.

Muß erst der tragische Tod eines Mannes die politische Landschaft verändern, oder kann es nicht auch unser Wille, unser Fleiß und unsere Einsatzbereitschaft?

Stellen wir uns konkrete Aufgaben, Gebote unserer Tätigkeit:

Haben wir schon alle Bürger erfaßt, die bei den letzten Wahlen nicht zur Urne gegangen sind?

Haben wir schon alle jungen Menschen erfaßt, die heuer zum ersten Mal die Geschicke unseres Landes mitentscheiden?

Haben wir schon das Gespräch mit jenen gesucht, von denen wir wissen, daß sie sich noch nicht entschieden haben?

Haben wir jene schon darauf angesprochen, denen die Politik der vergangenen fünf Jahre eine Verschlechterung ihrer Situation gebracht hat?

Haben wir unsere Werbemittel und -möglichkeiten so eingesetzt, daß sie auch wirklich den Wähler erreichen?

Haben wir in allen Alters- und Lebensbereichen Mitarbeiter gefunden, die in geeigneter Weise versuchen, politische Orientierung zu geben?

Haben wir immer jene Bereitschaft zur Überzeugung entwickelt, die in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner auf allen Ebenen des Lebens notwendig ist?

Haben wir jene Freunde ermuntert, die den Ernst der Auseinandersetzung noch nicht entsprechend in die Tat umgesetzt haben?

Haben wir unsere eigene Trägheit überwunden und sind wir wirklich bis an die Grenzen unserer Möglichkeiten gegangen?

Diese neun Mahnungen möchte ich Ihnen, meine lieben Freunde, mit auf den Weg geben und Sie bitten, sich diese

tächlich selbst vorzulegen. Denn wenn wir uns wiedersehen - und wir werden uns wiedersehen -, werde ich Sie fragen, ob Sie beizeiten nicht nur daran gedacht, sondern auch danach gehandelt haben.

Wir haben jetzt bewiesen, daß wir in der Zeit der Not unseren größten Fehler, die Liebe zu Personenspielen, vermieden haben, weil der Preis zu hoch ist, den wir oft genug dafür zu zahlen hatten.

Wir haben bewiesen, daß wir die Auseinandersetzung nicht nur mit dem politischen Gegner, sondern um die Zukunft unseres Landes annehmen. Wir haben für den 5. Oktober bewiesen, daß wir neue Vorstellungen über die Gestaltung der Verantwortung in unserem Land haben.

Und wir werden über den 5. Oktober hinaus beweisen, daß wir Frauen und Männer haben, die diese Herausforderung annehmen.

Denn, meine Freunde, im Dienst an unserer Idee und in der Liebe zu Österreich soll uns niemand übertreffen!
(Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Josef Taus :

Ich danke Erhard Busek für sein Referat und bitte Stephan Koren, den Vorsitz zu übernehmen.

7. Rede des neugewählten Bundesparteiobmannes

Vorsitzender Klubobmann Prof. Dr. Stephan K o r e n :

Ich übernehme den Vorsitz und bitte nun den neugewählten Bundesparteiobmann, zu uns zu sprechen.

Bundesparteiobmann Dr. Josef T a u s (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteiliebe! Ich danke nochmals für das überwältigende Vertrauen, das Sie mir mit der Wahl gegeben haben. Ich werde mich bemühen, mich dieses Vertrauens würdig zu erweisen.

Liebe Freunde! Die Entscheidung, dem Ruf der Partei zu folgen - ich gebe das offen zu - ist für mich nicht einfach gewesen. Die Schwere des Verlustes aber, der uns getroffen hat, ließ für mich, der ich dieser Partei nun rund 20 Jahre angehöre, nur ein "Ja" zu. Die Stunde erforderte Klarheit und Bestimmtheit. Und es mag ein schöner Zufall sein, daß drei meiner politischen Väter nebeneinander in der ersten Reihe sitzen: Josef Klaus, unter dem ich als volkswirtschaftlicher Berater im Finanzministerium gedient habe und dann als Staatssekretär in einer seiner Regierungen; Hermann Withalm, unter dem ich als Wirtschaftspolitiker im Generalsekretariat der ÖVP gedient habe; Alfred Maleta, der mich zum wirtschaftspolitischen Referenten des ÖAAB machte, eine Position, die ich dann viele Jahre innehatte, und der einer meiner ideologischen Mentoren ist. Mein vierter politischer Vater, Karl Kummer, weilt nicht mehr unter den Lebenden.

In meiner bisherigen beruflichen und politischen Laufbahn habe ich es mir nie leicht gemacht. Ich habe es immer als meine Pflicht angesehen, durch harte Arbeit und persönlichen Einsatz ein Beispiel zu geben. Ich werde es auch in Zukunft so halten. Ich werde mich auch als Parteiohmann der Österreichischen Volkspartei bemühen, meine Pflicht zu erfüllen. Ich verlange von mir selber harte Arbeit und kann Ihnen allen nur zurufen: An die Arbeit mit uns, es geht um dieses Land am 5. Oktober, und das wollen wir uns einhämmern von der ersten Sekunde an! (Beifall.)

In uns allen ist die große Traurigkeit über den jähen Tod von Karl Schleinzer. In uns allen ist das Mitgefühl für seine Familie, für seine tapfere Frau. Wir wissen, was wir mit ihm und an ihm verloren haben.

In diesen für uns so schweren Tagen treten wir zum schwierigsten Wahlkampf seit dem Herbst 1945 an. Hier aber zeigt sich bereits die Leistung Karl Schleinzers, sein Erbe: Wir sind für diese Auseinandersetzung gerüstet. Eine einige, geschlossene Partei, eine handlungsfähige Partei hat sich dem österreichischen Wähler präsentiert, die selbst in einer schweren Stunde nicht verzagt und nicht kleinmütig wird, die nicht mit ihrem Schicksal hadert, sondern die entscheidet, wie sie es seit 30 Jahren immer getan hat und wie sie es auch in Zukunft tun wird. (Beifall.)

Wir werden daher in diesen Wahlkampf selbstbewußt gehen. Nicht überheblich, o nein! Wir wissen, daß Demut auch eine

politische Tugend ist. Aber wir gehen selbstbewußt in diesen Wahlkampf, im Wissen um die Stärke und Geschlossenheit unserer Partei, im Wissen um die Strahlkraft unserer Ideen, im Wissen darum, daß diese Partei dem österreichischen Wähler zahlreiche Frauen und Männer präsentieren kann, die den Willen und die Eignung besitzen, Verantwortung in diesem Staat zu übernehmen.

Wir haben allen Grund, auf unsere ÖVP stolz zu sein. Wir gehen als Team in diesen Wahlkampf, weil wir in der glücklichen Lage sind, für verantwortungsvolle Positionen immer mehrere gleich gute Kandidaten zu besitzen. Das ist eine Beruhigung für den Wähler, die nicht hoch genug zu veranschlagen ist. Damit kein Mißverständnis entsteht: Selbstverständlich bleibt die Wahlkampfmannschaft zusammen. Wir haben eine gute Mannschaft und auch außerhalb dieses Teams noch viele politische Persönlichkeiten, auf die wir stolz sein dürfen. Und in dieser Wahlkampfmannschaft ist selbstverständlich unser Freund Herbert Kohlmaier. (Beifall.)

Wir haben auch einen Vorteil, ich leugne das gar nicht: Wir alle sind noch jung genug - selbst unser Doyen Stephan Koren -, um Kontinuität zu garantieren, aber auch schon alt genug, um viele Jahre Erfahrung, Erfahrung in leitenden Positionen mitzubringen.

Unser Wahlziel ist klar: Wir wollen wieder mandatsstärkste Partei werden und wir bieten nach der Wahl Zusammenarbeit an. (Neuerlicher Beifall.) Nicht aus Schwäche bieten wir Zusammenarbeit an, nicht aus Kleinmut, das

haben wir nicht notwendig, sondern aus politischem Verantwortungsbewußtsein. Das Land befindet sich in der schwierigsten wirtschaftlichen Lage seit den ersten Wiederaufbaujahren. Die Welt ist voll von Krisen und Problemen. Der neutrale Staat muß auf derartige nationale und internationale Herausforderungen in besonderer Weise reagieren: durch absoluten Vorrang der innenpolitischen Stabilität, und das ist ein Credo, das wir vertreten!
(Beifall.)

Innenpolitische Stabilität ist für den Neutralen das erste Instrument politischer und wirtschaftlicher Existenzsicherung. Damit auch hier kein Mißverständnis entsteht: Wille zur Zusammenarbeit bedeutet nicht, daß wir einen lauen Wahlkampf führen wollen, einen ängstlichen und zögernden. Ganz im Gegenteil. Wir werden einen intensiven und eindringlichen, aber anständigen Wahlkampf führen!
(Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Wir werden und brauchen die Konfrontation nicht zu scheuen. Wir werden die Fehler, Irrtümer und Nachlässigkeiten der vergangenen fünf Jahre sozialistischer Regierungspolitik aufzeigen und deutlich machen und unsere Vorstellungen und Alternativen dem Wähler vorlegen. Eines muß klargestellt sein für jeden Wähler: Es geht um Österreich, es geht darum, wie dieses Land in den nächsten Jahren regiert werden soll. Wir müssen zum Wähler gehen und ihm buchstäblich die Frage stellen: Wie soll Österreich in zehn, in zwanzig Jahren aussehen, welche Grundsätze willst

du in Politik und Wirtschaft verwirklicht haben, wie willst du in der Zukunft leben? Das entscheidest du an diesem 5. Oktober, und du entscheidest nicht nur über dein Schicksal, sondern auch über das deiner Kinder! (Beifall.)

Wir haben ein Jahr des Parteijubiläums mit vielen Feierlichkeiten hinter uns. Derlei Feiern haben nur dann einen Sinn, sind meines Erachtens überhaupt nur dann berechtigt, wenn sie dazu dienen, Kraft aus der Geschichte zu schöpfen und Zuversicht für die tägliche Arbeit zu gewinnen.

Wir wissen um die große programmatische Arbeit in den ersten Jahren der ÖVP. Nur so war es möglich, mit der ÖVP etwas Neues zu schaffen, etwas, das größer, offener und somit demokratischer ist, als es die Christlichsozialen der Ersten Republik waren. Und das ist die große Leistung, die vor 30 Jahren für diesen Staat erbracht wurde. Das war die Voraussetzung dafür, daß wir eine Entwicklung hatten, um die uns die ganze Welt beneidet hat. (Beifall.)

Aber so richtig es war, bei der Entwicklung der ÖVP das Extrem der engen Weltanschauungspartei zu meiden - das andere Extrem einer zu großen ideologischen Verwässerung wäre gleichfalls schädlich für die Partei und damit auch für die Demokratie in unserem Land. Ein so großes Gebilde, wie es die ÖVP ist, braucht den Kitt gemeinsamer Grundüberzeugungen. (Beifall.)

Als wir 1970 in die Opposition gehen mußten, kam das zynische Wort auf: "Der einzige Kitt, der die ÖVP zusammenhält,

ist die Regierungsmacht." Wenn die Partei nichts mehr beeinflussen könne, wenn sie nichts mehr verteilen könne, käme es zum Zerfall.

Alle diese Unheilsprophezeiungen haben sich als falsch erwiesen, weil die Österreichische Volkspartei auch in der schweren Oppositionszeit durch die Treue Hunderttausender Gesinnungsfreunde zusammengehalten wurde. Der Kitt ist da, er ist viel stärker, als es unseren politischen Gegnern lieb ist. Daß Solidarität kein sozialistisches Vokabel ist, zeigte sich in den kritischen Tagen unmittelbar nach Karl Schleinzers Tod: Dieser Zusammenhalt, diese Kraft zu raschen Entscheidungen, hat die gesamte Öffentlichkeit beeindruckt. Die ÖVP ist eine große, eine starke, eine staatstragende Partei. (Starker Beifall.)

Für uns werden die kommenden Wochen keine Muße bringen, sondern nur Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit. Ich bin überzeugt, daß wir es gemeinsam schaffen werden.

In den wenigen Wochen bis zur Wahl muß der Kampf gegen den Hauptgegner SPÖ verstärkt werden.

Die Unterschiede zwischen den Parteien müssen schärfer herausgearbeitet werden, nur dann sind sie für den Wähler klar erkennbar. Dieses Recht auf Verdeutlichung muß die ÖVP genauso für sich in Anspruch nehmen, wie es unsere Gegner ohnehin tun. (Beifall.)

Aber auch im schärfsten Wahlkampf muß klar sein, daß es sich für uns um harte Gegnerschaft, aber nicht um gehässige

Feindschaft handelt. Wir werden daher sachbezogen argumentieren, und wir werden unsere Grundsätze dabei nicht vergessen.

Unser Ziel ist die Zusammenarbeit auf Regierungsebene nach der Wahl. Da die derzeitige Führung der SPÖ diese Zusammenarbeit ablehnt, muß der Wähler die SPÖ zu dieser Zusammenarbeit bringen. (Beifall.)

Die Nationalratswahl am 5. Oktober muß so ausfallen, daß die SPÖ auf jenes Maß reduziert wird, wie es für die Demokratie noch erträglich ist. (Starker Beifall.)

Erst durch einen Mandatsverlust der SPÖ, erst durch eine Ernüchterung der derzeitigen sozialistischen Führung durch den Wählerspruch, kann es dazu kommen, daß sich bei den Sozialisten stärker als in den letzten Jahren wieder jene Kräfte durchsetzen, die grundsätzlich positiv zur Zusammenarbeit eingestellt sind. (Beifall.)

Warum wir diese Zusammenarbeit wollen, muß immer wieder deutlich festgehalten werden: Wir halten die Probleme, vor deren Lösung unser Land steht, für so schwierig, daß schon im Hinblick auf die Neutralität dieses Landes die daraus resultierenden Konfliktmöglichkeiten einfach reduziert werden müssen. Wir können uns das nicht leisten. Wenn die Sozialisten das nicht einsehen wollen, werden wir darauf hintrommeln und dem Wähler sagen: Schwere innere Konflikte in diesem Land sind undenkbar, unmöglich, mit der Neutralität dieses Landes nicht zu vereinbaren. Es ist verantwortungslos, bei der heutigen Weltlage die Zusammenarbeit abzulehnen. (Starker Beifall.)

Es gibt aber auch einen längerfristigen Aspekt, den ich kurz skizzieren möchte: Wir werden uns überlegen müssen, ob unsere Verfassung der politischen Realität entspricht. Wir müssen über eine Verfassungsreform nachdenken. Dazu wird es der besten Köpfe unseres Landes bedürfen. Ob das Konzept der Gewaltenteilung, wie es in unserer Verfassung enthalten ist, nicht bereits ausgehöhlt ist, ob die Kontrolle im Wege der gesetzgebenden Körperschaften überhaupt noch funktionieren kann, ob die komplizierte bürokratische Struktur des Industriestaates nicht anderer Kontrollinstrumente bedarf als die derzeit existierenden.

Kontrolle und Begrenzung der Macht sind demokratische Bauelemente. Wenn wir Zusammenarbeit sagen, so fragen wir uns, weshalb in letzter Zeit dieses Kontrollargument immer wieder gespielt wurde. Ist denn Kontrolle in der modernen Industriegesellschaft mit dem Modell, das wir heute haben, überhaupt noch durchführbar? Wer kann denn hier noch kontrollieren? Kann man denn überhaupt noch von außen kontrollieren? Ich glaube, ich habe genug Erfahrung in der Führung großer Institutionen, ich weiß, man kann es nicht! Kontrolliert wird von innen und nicht von außen! Dazu sind die Verhältnisse viel zu kompliziert geworden. Nur jemand, der sich mit den Mechanismen der modernen Industriegesellschaft nicht auskennt, kann sagen, es gilt noch das alte Modell von vor 200 Jahren. Das gilt nicht mehr, es ist anders.

In den letzten Jahren ist auch die Vorstellung genährt worden, daß sich die Unterschiede zwischen den großen Parteien zunehmend verwischen. Ich gebe zu, daß die Sozialistische Partei allen Grund hatte, diese Meldung unter das Volk zu streuen. Der politische Wettbewerb beschränke sich auf Lösungsvorschläge für bestimmte anstehende Sachprobleme, auf zur Wahl stehende Personen, so, als ob einige wenige Personen eine Partei ausmachen würden. Sonst wollte man von Programmatik sehr, sehr wenig hören. Das ist ein glattes Ablenkungsmanöver gewesen.

Ich halte das für politisch grundfalsch. Mir kann niemand einreden, daß sich der Wähler an grundsätzlichen Fragen nicht interessiert zeigt. Aus Tausenden Diskussionen weiß ich, daß es anders ist, es ist ihnen nur nicht geboten worden, bewußt nicht geboten, eskamotiert worden. Ja nicht über Prinzipien, Grundsätze, das wollen wir nicht.

Nach wie vor ist der Sozialismus, auch der demokratische Sozialismus, in Österreich eine utopische Heilslehre, die dem Menschen eine Zukunft verheißt, die er seiner Natur entsprechend nicht erreichen kann. So schön es wäre, eine solche Utopie zu realisieren. Aber wir müssen auf die Quellen zurückgehen. Klar bringt das das gültige SPÖ-Programm zum Ausdruck, wo es heißt - ich zitiere -:

"Der Sozialismus hat den Menschen eine Zukunft ohne Angst und ohne Hunger, in Frieden und Freiheit zu bieten, dann kann der uralte Traum verwirklicht werden, daß die Schwerter in Pflugscharen umgeschmiedet werden, dann wird ein Geschlecht erwachsen, frei von Furcht und Not, in Wohlstand und Sicherheit, aufrecht und aufgeschlossen den Künsten und Wissenschaften, das eigene Geschick in demokratischer Selbstverantwortung zu formen. Das wird die Welt des Sozialismus sein, ..."

Eine schöne, eine heile, eine irreale Welt, eine Utopie. Wir sind dazu nicht geschaffen, aus einer Lehre heraus ein solches Realisat zu schaffen. Es ist denkunmöglich, daß es das gibt.

Und die Strategie, die zu dieser schönen, heilen Welt führen soll, hat Heinz Fischer in den roten Markierungen formuliert - ich zitiere wieder -:

"Insgesamt muß die Formel unserer politischen Strategie also lauten: Maximierung des Produkts aus sozialistischer Substanz unserer Politik mal dem Ausmaß an Konsens, das wir für diese Politik mobilisieren können." Das ist ehrlich, das ist der Weg zur schönen Utopie Sozialismus. Sozialismus einmal in homöopathischen Dosen, dann in größeren Dosen, dann im Pilgerschrittverfahren, drei Schritte vor, zwei Schritte zurück, dann pendeln wir uns ein. Der Liberale, Weltoffene auf der einen Seite, auf der anderen Seite seine Gesinnungsfreunde, die JUSOS, mit sehr interessanten Programmen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben.

Das ist die Technik, es ist das Mühlespiel, das mit dem Wähler gespielt wird. Mühle auf - Mühle zu, Mühle auf - Mühle zu. Er weiß nicht, was mit ihm geschieht. Er hört viele Seifenblasen, er hat viele Ideen. Einmal links, einmal rechts, einmal in der Mitte. Aber die Wahrheit ist ganz eindeutig: Es geht nach links, nach extrem links, es geht in diese Utopie, die ich hier skizziert habe. Aber das ist eben nur eine Utopie und nichts anderes.

Ich persönlich, ich gebe das gerne zu, würde auch an eine solche Utopie glauben wollen, an diesen Himmel auf Erden, der hier verheißen wird. Ich halte das aber für gefährlich, die Utopisten können uns in schwindelerregende Krisen führen. Ich unterstelle gar nicht böse Absicht, ganz und gar nicht, ich gebe zu, ich träume auch gerne, lasse auch gerne die Gedanken fliegen und habe gelegentlich Mühe, sie wieder herunterzuholen in unsere persönliche Endlichkeit und Begrenztheit.

Aber noch immer heißt Utopie übersetzt "Nirgendland" und noch immer ist ein Utopist definiert als einer, der unausführbare Weltverbesserungspläne hegt, verkündet, durchführen will. Wenn dann noch geschickt zu Werk gegangen wird, daß nur wenige merken, wohin die Reise führt, dann wird's gefährlich. Das halte ich für das Problem des demokratischen Sozialismus: Das Festhalten an der Utopie, das naive oder überhebliche Sich-über-die-menschliche-Natur-hinwegsetzen-wollen.

Aber ich sage Ihnen, liebe Parteifreunde, auch:
Das macht die Faszination des Sozialismus aus, das mobilisiert Kräfte, die versuchen wollen, das Unerreichbare doch zu erreichen. Um aber dieses Unerreichbare zu erreichen, muß man die ganze Macht haben, so viel Macht wie möglich, da darf man sie nicht mehr hergeben, man darf sie nicht mehr teilen, wenn man sie hat. Man muß versuchen, alle Hindernisse auf diesem Weg in das "Nirgendsländ" aus dem Weg zu räumen.

Und dann wird aus Wohltat Plage, dann kommt als erster Schritt der verwaltete Mensch, der von der ihn beglücken sollenden Bürokratie überwucherte Mensch, dann müssen die vielen kleinen Freiheiten, die die große Freiheit erst ausmachen, eingeengt werden, dann darf niemand mehr gegen den Stachel löcken, das stößt auf Empfindlichkeiten. Dann darf nicht kritisiert werden, das ist nichts anderes als Böswilligkeit, ja, das haben wir ja erlebt, dann ist die Wirtschaft eben in Ordnung, auch wenn der jüngste Lehrling sieht, wie schwer man sich bewegt. Das ist das Problem. Dann geht es nicht anders. Der Weg in diese Traumwelt hinein darf von niemandem mehr gestört werden. Um diese Traumwelt zu erreichen, braucht man Macht, Macht, Macht, die ganze Macht. Mit niemandem mehr darüber reden, allein wollen wir sie haben! Da machen wir auch Kompromisse: Da hauen wir den Liberalen ein bißchen etwas hin, da hauen wir den Katholiken ein bißchen was hin, da hauen wir denen was hin und da hauen wir den anderen was

hin, und jeder kriegt ein Stückerl dazu. Ganz friedlich sein, nur die Macht nicht hergeben müssen! Die wollen wir behalten, damit der Weg in die Utopie gehen kann, damit wir dorthin kommen auf dem Weg in das schöne Land des Sozialismus.

Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Aber wir müssen uns mit dem Sozialismus auseinandersetzen, auf allen Argumentationsebenen, in Theorie und in Praxis. Und nur aus dieser permanenten Diskussion wächst auch die geistige Kraft und wächst die Überzeugungsfähigkeit unserer Ideen auf den Wähler.

Der Sozialismus, liebe Parteifreunde, hat nicht recht, aber er ist ernstzunehmen. Sehen wir uns doch einmal die Praxis an: Gerade unter der Herrschaft Kreiskys in der SPÖ ist die Gefahr des überstarken Einflusses radikaler Gruppen gewachsen. Die Kleinheit solcher Gruppen ist überhaupt kein Beweis für ihre Harmlosigkeit. In den letzten Tagen haben wir wieder einmal ein schönes Beispiel für diese Doppelstrategie bekommen. Die Junge Generation der SPÖ, also die offizielle Jugendorganisation, hat zwei Programme veröffentlicht: wohnungspolitische Grundsätze und ein Kommunalprogramm. Wir werden das einmal ganz kurz analysieren. Das sind für die Österreicher lesenswerte Elaborate zwei Monate vor der Nationalratswahl. Da ist der Klassenkampf in voller Stärke wieder da, unverdünnt! Da heißt es - ich zitiere -:

"Die Vielzahl kleiner und kleinster Unternehmungen ist sowohl bei den Bauträgern wie bei den Bauproduzenten

abzubauen." Weg mit ihnen! Jeder weiß, daß das ein guter Teil der Anpassungsfähigkeit und Produktivität dieser Wirtschaft ist. Wenn ich die umbringe, komme ich manchmal zu den großen, schönen, unbeweglichen Riesen, wo ich schöne Beispiele in der österreichischen Wirtschaft habe, wie "gut" das funktioniert. (Beifall.) Da brauchen wir gar nicht weit zu gehen, wir denken nur an Wien. In diesem Land kann jeder lesen, was in der Zeitung steht, wie ungeheuer effektiv, wie fortschrittlich, wie wirtschaftlich derlei zusammengefaßte große Unternehmen, die die Privaten brechen sollen, arbeiten. Das kostet dann bloß einige hundert Millionen, vielleicht auch Milliarden Steuern. Aber bitte, wir haben es ja.

Zur nächsten Frage. Es heißt weiter - und jetzt, bitte, passen Sie genau auf -: "Das durch Wohnungseigentum erworbene Grundeigentum ist sinngemäß in ein Nutzungsrecht umzuwandeln." Weg mit dem Wohnungseigentum bei den vielen hunderttausend Wohnungseigentumsbesitzern!

Das ist das Programm einer offiziellen Parteiorganisation. Das ist nicht die Idee von irgendwelchen Theoretikern, Praktikern, Spinnern. Jeder kann in diesem Lande seine Meinung äußern, das ist gar keine Frage. Wenn einer ein Buch schreibt, wo das drinnen steht, ist ihm niemand böse darüber. Aber das ist ja ein Parteiprogramm! Ein offizielles Parteiprogramm!

Und jetzt bitte kommt es ganz dick: "... daß bei Arbeitskonflikten im kommunalen Bereich bau- und gewerberechtliche

Entscheidungen verzögert werden sollen." - In einem offiziellen Parteiprogramm einer demokratischen Partei, die sich zum Rechtsstaat bekennt, ist ein Aufruf zur Rechtsverweigerung drinnen! Das sind die Meilensteine auf dem Weg zum sozialistischen Paradies. Das ist eine Pflichtlektüre für den österreichischen Wähler, eine Pflichtlektüre für jeden, der wissen will, was ihm blüht. Und das sind wir hier! (Beifall.)

Und jetzt wird man sagen: Ach Gott, der Herr Taus! Kaum ist er ein paar Minuten zum Bundesparteiobmann der Volkspartei gewählt, schon läßt er die Rote Katze wieder aus dem Sack! - Ich habe sie doch nicht herausgelassen, sie ist 'rausgesprungen von ganz allein! (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Mit dieser Wahl wählen Sie auch diese jungen Herren. Die stehen auf Listen, auf ganz guten Plätzen sogar, soviel ich weiß. Sie sind schon dran. In einigen wenigen Jahren gibt es sicher bei der Sozialistischen Partei einen Führungswechsel, das ist gar keine Frage. Niemand weiß, wer dann kommt. Vielleicht gibt es dann in diesen wichtigen Positionen Programmverfasser.

Und jetzt sage ich in allem Ernst noch etwas: Die Opfer, die die Sozialisten für die Demokratie und für den Rechtsstaat in Österreich gebracht haben, sind ungeheuer groß gewesen; genau wie unsere. Ich habe das alles nur als ganz junger Mann, als Kind erlebt, ich habe es mir aber gut gemerkt. Sie waren ganz groß. Diese Menschen haben genauso wie unsere Freunde

gelitten für ein Österreich, für ein demokratisches Österreich, für den Rechtsstaat Österreich.

Sehen sie nicht, auf welchem Weg sie da gehen? Rechtsbeugung? Man soll verhindern, daß jemand ihm rechtlich zustehende Dinge bekommt! Was ist denn das? Die jungen Herren haben offenbar zuwenig Geschichte gelernt, zuwenig Zeitgeschichte. Sie werden aufgerufen, ein Nachhilfeseminar zu besuchen und einmal zu schauen, was passiert, wenn ein Gesellschaftssystem totalitär wird, wenn die Angst wieder regiert. Und solange diese unsere Partei in diesem Lande stark ist, wird es keine Angst geben, für keinen Staatsbürger, keine politische Angst! (Lebhafter Beifall.)

Ich bin kein fanatischer Typ. Ich habe auch nicht gern das Pathos. Ich habe auch nicht gern die Emotion. Aber ich werde dort emotionell, ich werde dort fanatisch, wo es darum geht, dem Totalitarismus entgegenzutreten. Dann ist bei mir alles weg, was hier an Kompromißbereitschaft, an Freundlichkeit aus meiner Überzeugung heraus da ist. Ich werde mich dagegen wehren, daß wir auch den kleinsten Schritt in Richtung einer Diktatur gehen, Diktatur, von wem immer sie ausgeübt werden mag, von wem immer! (Lebhafter Beifall.)

Ideologisch ist das für uns eher beruhigend. Die Diskussion um "konservativ" ist damit beendet. Das war vor 50 Jahren schon nicht mehr modern, was da drinnen steht. Ich lege es wieder in die Mappe zurück. (Heiterkeit und Beifall.)

Ich gebe auch zu, jetzt müssen wir uns mit uns beschäftigen. Unser Menschenbild ist ein christlich beeinflusstes. Wir müssen uns immer unserer Unvollkommenheit, unserer Endlichkeit bewußt sein, müssen um alle Werte, materielle und immaterielle, ständig kämpfen. Sie sind immer gefährdet. Freiheit und Sicherheit, Frieden und Wohlstand sind unter Menschen niemals gesichert, ständig muß um sie gekämpft und gerungen werden. Nichts fällt uns in den Schoß, wir müssen uns um alles bemühen, wir müssen ständig aufs Neue um Dinge kämpfen, die wir schon errungen geglaubt haben. Jeder Schritt zu mehr Menschlichkeit, zu mehr Würde muß errungen werden. Wir sind überzeugt, daß es eine menschliche Entwicklung gibt, überzeugt, daß unsere Gesellschaft nie vollkommen sein kann.

Die demokratischen Industriegesellschaften der westlichen Welt sind dynamische Gesellschaften, sie stellen an Einsicht und Vernunft ihrer Bürger große Anforderungen. Denn Freiheit ist ohne Einsicht und Vernunft nicht erreichbar und nicht sicherbar. Wenn die Menschen in der Demokratie nicht mitdenken wollen, wenn nicht jeder Wähler Politiker ist in dieser Demokratie, dann ist eben die Demokratie nicht gesichert. Das müssen wir den Leuten klar und einfach sagen. Wer nicht politisiert, mit dem wird politisiert. Das ist ein Gesetz und ein Grundsatz, davon gibt es kein Weggehen. Mit der Freiheit aber gilt es sorgsam umzugehen. Die tatsächliche Freiheit des Menschen hängt von der Entschiedenheit ihres politischen Willens ab, sich in ihren konkreten

Freiheiten nicht einschränken zu lassen. Daher gibt es keine Politik ohne Weltanschauung, ohne fundamentale Ordnungsprinzipien. Zu den fundamentalen Prinzipien unserer demokratischen Ordnung zählen daher die Unantastbarkeit der Grundrechte, die freie Meinungsäußerung, demokratische Wahlen, der sozialstaatliche Schutz der Schwachen und die gesellschaftliche Verantwortung des Eigentums. Aber um die Sicherung dieser Rechte muß ständig gerungen werden. Das vom Sozialismus verkündete Schlaraffenland gibt es nicht und wird es nie geben. Es ist eine unerreichbare Utopie, ein in die Irre führender Traum. Das demokratische System bietet einer humanen Entwicklung die besten Möglichkeiten, stellt allerdings - und das müssen wir betonen - an Intelligenz und Moral seiner Bürger die höchsten Anforderungen.

Dieses politische System muß nun angesichts der wechselnden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Bedingungen fortwährend verändert werden, ohne daß die Fundamente zerstört werden. Reformen aber brauchen viel Verantwortungsbewußtsein und viel Voraussicht. Überkommene Denk- und Verhaltensformen sind vielfach Ergebnisse eines unermeßlichen historischen Entwicklungsprozesses, sie dürfen nicht leichtfertig gefährdet werden. Die Reform ist eine ewige Aufgabe der Politik, ebenso aber ist es das Bewahren und das Sichern des Erreichten.

Und noch eines - und ich scheue mich nicht, es jetzt zu sagen -: Keine Gesellschaft kann je mehr geben als sie leistet. Das Leistungsprinzip ist daher ein notwendiger Bestandteil jedes gesellschaftlichen Systems. (Lebhafte Zustimmung.) Leistung abbauen führt zu einer psychischen Verarmung. Der Mensch wächst mit seinen Leistungen, seien es nun handwerkliche, technische, wissenschaftliche, organisatorische, sportliche, ästhetische oder moralische Leistungen. Wer die Leistung tötet, tötet die Freiheit, tötet den schöpferischen selbstbewußten Menschen. Das hat nichts damit zu tun, daß dem Schwachen geholfen werden muß, daß niemand ausgebeutet werden darf, sondern das liegt einfach in unserer Natur. Wenn wir überleben wollen, müssen wir leisten, müssen wir arbeiten. Und jeder, der verkündet, daß dem nicht so ist, der irrt. Der irrt! Es gibt einen alten Satz: Was evident ist, braucht nicht bewiesen zu werden. Das gilt dafür. Was evident ist, braucht nicht bewiesen zu werden. Wer nichts mehr tut, geht zugrunde, hat aufgegeben, hat das Leben aufgegeben. Das ist das, was wir nicht wollen.

Aus diesem unrichtigen Menschenbild, das im Sozialismus drinnen ist, ist viel Unheil gekommen, weil mit ungeheurer intellektueller Brillianz darüber ein Gedankengebäude gebaut wurde, das viele Menschen fasziniert und auch in Zukunft faszinieren wird.

Nun aber einige Hinweise. Wir sind heute in keiner Rezession mehr. Wir sind in einer Depression, in der ersten

seit einem Vierteljahrhundert. Seit dem 1. Juli, dem Tag, an dem Bundeskanzler und Finanzminister im Parlament ihre Erklärungen zur wirtschaftlichen Lage abgegeben haben, erst von da an hat die Regierung ihre Meinung geändert. Wir sind da, wovor wir uns seit vielen Jahren fürchteten, in der berüchtigten Stagflation. Und dort müssen wir wieder heraus.

In einer ersten Phase müssen wir versuchen, zu stabilisieren. In einer zweiten Phase müssen wir versuchen, unser System weiter zu entwickeln. Das ist ja das Problem dieser fünf Jahre sozialistischer Wirtschaftspolitik: daß sie geglaubt haben, sie hätten alles im Griff, der Weg sei vorgezeichnet. Sie haben ja nichts dazu getan, unsere wirtschaftspolitische Lage zu verbessern. Ihre Erklärungen: Es ist ohnedies alles in Ordnung, uns kann nichts mehr passieren, wir haben die Wirtschaft im Griff! - Und in Wahrheit ist auch nichts passiert, nichts ist geschehen.

Und wir haben ein großes Konzept, wie wir diese Änderungen durchführen. Diese Frage muß man einfach zum Schwur bringen. Eine Mehrparteien-Demokratie kann nur in einem marktwirtschaftlichen System existieren. Ein anderes Wirtschaftssystem ist mit einer Mehrparteien-Demokratie nicht vereinbar. Eine grundsätzliche Frage. (Beifall.)

Auch unsere Ziele wollen wir klar definieren: An die Spitze die Vollbeschäftigung, ganz eindeutig, für mich ein moralisches Problem, ich will dazu gar nichts weiter sagen.

Wenn eine Ordnung nicht in der Lage ist - von kurzfristigen Unterbrechungen abgesehen -, den arbeitswilligen

und arbeitsfähigen Menschen Möglichkeit zur Leistung, Möglichkeit zur Selbstbestätigung zu geben, dann kommt dieses System in Schwierigkeiten, egal was nachher passiert.

Es gibt für mich auch keinen Arbeitslosensockel, keine ökonomische Herumtheoretisiererei, Vollbeschäftigung ist für mich ein soziales Grundrecht. (Starker Beifall.)

Wir müssen aber auch die Kraft haben, unsere Wirtschaft immer weiter zu entwickeln und zu verbessern. Ich bin gegen eine Hippiekultur, gegen die Theoretiker des Nullwachstums, gegen die Untergangsphilosophen. Produktivkräfte entwickeln, den technischen Fortschritt vorantreiben heißt ja nicht, die Umwelt zerstören. Denn eine Entwicklung der Wirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen zerstört, muß einfach verhindert werden und ist ja auch keine Entwicklung, ist eine Fehlentwicklung.

Wirtschaftsentwicklung heißt natürlich unter Berücksichtigung unserer Umwelt die Wirtschaft zu entwickeln. Wir werden doch nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen. Das können wir nur tun, wenn wir etwas nicht einsehen, nicht erkennen. Aber dazu haben wir die Vernunft, es zu erkennen. Das ist ja der Sinn unseres menschlichen Daseins, daß wir eben in vielen Bereichen die Möglichkeit haben, unser gesellschaftliches und ökonomisches Leben zu gestalten, das ist ja der Unterschied, wenn Sie wollen, gegenüber den Tieren, die dazu nicht in der Lage sind, zumindest behaupten das alle Verhaltensforscher.

Die nächste Frage: Ich halte nichts von der demagogischen Gleichung: Wollt ihr mehr Arbeitslosigkeit oder mehr Stabilität? Die Inflation bringt nur eine kurze Scheinblüte, sie wirkt wie eine Droge und der Katzenjammer ist dann umso größer, wenn die kurze Wirkung dieser Droge verschwunden ist, wie ein Rauschgift, das durch die Wirtschaft zieht, irgendwann kommt der inflationäre Katzenjammer, wir sind ja nahe daran, mitten darin. Nun geht es langsam, Schritt für Schritt, wollen wir uns hier wieder herauswinden.

Nach welchen Prinzipien müssen wir vorgehen?

Erstens: Wir müssen ein Fangnetz bauen, wir haben nichts getan, wodurch wir unsere ökonomischen Institutionen verbessern.

Zweitens - ich will mich darüber nicht verbreitern -: Die Wirtschaft, unser System, in dem Freiheit herrscht, funktioniert wie ein Schottensystem, wie bei einem Schiff die Schotten. Wenn es wo einen Einbruch gibt, sinkt das Schiff. Wir müssen nun die Schotten verstärken, ein Fangnetz bauen und die Schotten verstärken. Dorthin, in diese Richtung geht unser Konzept.

Ich gebe durchaus zu: Eine tragende Rolle in unseren Überlegungen spielt selbstverständlich das Abkommen mit den Sozialpartnern, wobei ich persönlich sagen darf, daß die Sozialpartnerschaft von mir voll und ganz akzeptiert wird.
(Beifall.)

Das wird eine harte und mühsame Arbeit werden, nicht leicht werden. Aber ich bin davon überzeugt: Wir werden es gemeinsam schaffen, wir werden den Aufstieg dieses Landes fortsetzen können, nach den verunsicherten Jahren wird es aber nicht leicht sein.

Wir haben Strukturprobleme zu lösen, einen neuerlichen Strukturwandel zu verkraften. Nur wenn alle Kräfte zusammengekommen werden, können wir es schaffen.

Gestatten Sie mir aber nun noch einige Bemerkungen zur Agrarpolitik. Bis vor wenigen Jahren war in der internationalen agrarpolitischen Diskussion die Skepsis über die Zukunft dieses Wirtschaftsbereiches unüberhörbar. Unterdessen hat sich aber die Szenerie gewandelt. Die Fachleute sagen Lebensmittelknappheit voraus, in weiten Teilen der Welt wächst der Hunger, die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung hat einen anderen Stellenwert bekommen als noch vor zehn Jahren.

Auch der Ölschock hat eine Ernüchterung gebracht.

Ich will jetzt keine großen agrarpolitischen Überlegungen anstellen, aber für die österreichische Bevölkerung stellt sich eine einfache Frage: Was ist ihr die Sicherung eines hohen Selbstversorgungsgrades im Nahrungsmittelbereich wert? Das ist die nüchterne ökonomische, wirtschafts- und staatspolitische Frage, die auch für andere Bereiche gilt. Ich bekenne mich dazu, daß wir eine hohe inländische Nahrungsmittelversorgung sichern müssen.
(Starker Beifall.)

Ich bekenne mich auch zur Erhaltung einer gesunden Umwelt durch die Bewirtschaftung und die Gestaltung der Landschaft, gar keine Frage.

Wenn wir das haben wollen, dann muß es einfach einen gesunden Bauernstand geben. Aus, weg von der Emotion, hat ja gar keinen Sinn, was wollen wir emotionell argumentieren. Das muß dem Städter, dem Industriemenschen, dem Mann im Handel, in der Bürokratie gesagt werden: Willst Du, ja oder nein. Wenn Du willst, dann mußt Du schauen, daß Du einen gesunden Bauernstand erhältst. Aus. Aus. (Starker Beifall.)

Ein paar Worte zur außenpolitischen Frage:

Die Wahrung und Stärkung der äußeren Sicherheit unseres Landes war und ist die hervorragendste Aufgabe unserer Außenpolitik. Die weltpolitische Konstellation und die geopolitische Lage haben Österreich veranlaßt, sich den Status der immerwährenden Neutralität zu geben. Die Neutralität ist und bleibt das wesentliche außenpolitische Instrument zur Gewährleistung unserer äußeren Sicherheit, die ihrerseits wieder eine Bedingung für die ruhige und gedeihliche Entwicklung im Inneren ist. Und die Stabilität im Inneren sichert uns die Neutralität nach außen ab. Das ist der Kreis, in dem wir drinnen sind. Aber ich sage Ihnen ganz offen, ich bin ein Ungedienter, ich bin ein sogenannter "weißer Jahrgang". Aber eine überzeugende und glaubhafte Neutralität bedarf ebenso einer überzeugenden und glaubhaften Landesverteidigung. Niemand soll glauben,

daß er sich an dieser Forderung vorbeiswindeln kann.
(Beifall.) Vergessen wir nicht und seien wir stolz darauf, daß die Wiedererringung unserer vollen Freiheit durch Staatsvertrag und Neutralitätserklärung unter der Führung von Männern unserer Partei, der Österreichischen Volkspartei, erfolgt ist. Die Persönlichkeit und Festigkeit eines Julius Raab und eines Leopold Figl in diesen für Österreich so entscheidenden Stunden des Jahres 1955 gaben der österreichischen Politik damals jene Glaubhaftigkeit und Geradlinigkeit, die wesentliche Voraussetzungen für das Vertrauen und die Zustimmung der Staatsvertragsmächte darstellt. Und niemals - niemals, auch das halten wir fest! - gab es dabei Zweifel über das weltanschauliche Bekenntnis Österreichs zur demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsform des Westens. Niemals!
(Neuerlicher Beifall.)

Neutralität ist keine Weltanschauung, sie ist kein Auftrag und keine Legitimation, auf internationalem Parkett den Lehrmeister zu spielen und anderen mit erhobenem Finger Rezepte zu verschreiben. Das wollen wir nicht. Wir müssen mit unseren Problemen fertigwerden. Wenn uns jemand um unsere Hilfe fragt, sollen wir antworten. Wir sollen uns nicht sinnlos einmischen in die Probleme anderer. Das heißt nicht, daß wir es ablehnen wollen. (Beifall.)

Wir müssen auch wissen, was Neutralität ist. Es wird manchmal in der Öffentlichkeit so getan, als wäre sie ein Ruhekissen. Die Neutralität ist kein Ruhekissen, sie ist

keine automatisch wirkende Versicherung gegen äußere Krisen und äußere Bedrohung. Auch dem Neutralen werden schmerzhafte Optionen und Entscheidungen nicht erspart. Im Gegenteil - und das muß man jedem sagen -: Neutralität heißt Alleinstehen, heißt im Krisenfall Selbstverantwortung und Einsamkeit der Entscheidungen, der Entscheidungen, die in unserem Gesellschaftssystem vom Verständnis und von der Zustimmung des Volkes getragen sein müssen. Um einen breiten Konsens in schwierigen Situationen zu finden, einen Konsens, der das Ergebnis eines ruhigen und rationalen Abwägens von Chance und Risiko ist, bedarf es jedoch der Vorbereitung durch eine permanente öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung auch über Fragen der Außenpolitik. Sonst besteht die Gefahr, daß kritische Entscheidungen eines Tages in einer Atmosphäre überraschter Desorientiertheit fallen müssen. (Beifall.) Die Außenpolitik des Neutralen muß getragen sein vom Konsens der überwältigenden Mehrheit der mündigen Menschen in einem Staat. (Neuerlicher Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Die Sozialpolitik steht für mich gleichrangig neben der Wirtschaftspolitik. Der Satz, eine gute Wirtschaftspolitik sei die beste Sozialpolitik, hat für mich keine Geltung. Sozialpolitik ist für mich aber kein Instrument zur Überwindung und Zerstörung unserer Gesellschaft, sondern zu ihrer Festigung und Sicherung. Sozialpolitik hat für mich auch keinen karitativen Charakter, sondern ist ein Instrument des Ausgleichs und der Gerechtigkeit. Ein Bereich, in dem

es nur um Rechte und Pflichten und nicht nur um Hilfe geht. Für mich steht fest, daß es soziale Grundrechte gibt, wie das Recht auf soziale Sicherheit und das Recht auf Arbeit. Die Entwicklung unseres Sozialsystems, wie es im Plan 2 der Österreichischen Volkspartei dargestellt ist, ist für mich mehr als ein Auftrag, das ist für mich Verpflichtung. (Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Meine lieben Freunde! Wir gehen in diesen Wahlkampf als einige, selbstbewußte Partei, fortschrittlich, offen für das neue, bereit zum Handeln. Unsere Grundsätze sind klar, unser Programm ist umfassend. Wir wissen, was wir wollen. Wir sind es unseren Vorgängern schuldig, die Volkspartei wieder zum Sieg zu führen. Aber genügt es, vor die Wähler hinzutreten und zu sagen: Unser Haus ist in Ordnung, wir wissen, was wir wollen, gebt uns die Mehrheit! Das ist es nicht, liebe Parteifreunde, das ist zu wenig. Politik wird nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen gemacht. Volkspartei, das ist kein Selbstzweck, Volkspartei ist kein Apparat zur Erringung der Macht. Wir wollen niemanden zu seinem Glück zwingen. Wir streben keine utopische Heilslehre an. Aber wir wissen und sagen es: Volkspartei ist eine Idee, Volkspartei, das ist Österreich. Volkspartei, das heißt zuerst Dienst am österreichischen Menschen und Dienst am Vaterland. Unsere Vision ist nicht das Unerreichbare, das sozialistische Schlaraffenland, das "Nirgendland". Unsere Vision heißt Österreich: stark, frei, lebensfroh, arbeitsam, für das

Neue offen, vernünftig, intelligent, modern, stabil. Und wir haben für die Österreicher am 5. Oktober 1975 das Angebot: Österreicher, wählen Sie den sicheren Weg der fortschrittlichen Mitte. Dafür werden wir kämpfen! (Langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Klubobmann Prof. Dr. Stephan K o r e n :

Hoher Bundesparteitag! Ich möchte unserem neuen Bundesparteio-
bmann aus ganzem Herzen für diese Rede danken.

Vor zwölf Tagen hat eine höhere Macht Karl Schleinzer
die Stafette aus der Hand genommen.

Du, lieber Dr. Taus, hast sie heute vom Vertrauen
des Parteitages getragen aufgenommen. Mit Dir und uns
geht die ganze große Österreichische Volkspartei in die
große Entscheidung am 5. Oktober. Nochmals herzlichen
Dank! (Starker langanhaltender Beifall.)

8. Bundeshymne

Vorsitzender Bundesparteioobmann Dr. Josef T a u s :

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!
Ich bitte Sie nun, sich bei der Bundeshymne zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich, um die Bundeshymne zu
singen.)

Vorsitzender Bundesparteioobmann Dr. Josef T a u s :

Der 18. außerordentliche Bundesparteitag der Österreichi-
schen Volkspartei ist g e s c h l o s s e n .

Schluß der Beratungen: 13 Uhr 45 Minuten

=====